

FAH KÄFTE MANG L

VON DER KITA BIS IN DIE WEITERBILDUNG

(UN)SICHERE SCHULWEGE

Nur 5 Prozent der Schulwege können Kinder relativ gefahrlos nutzen. Es braucht mehr Tempo 30. **Seite 22**

KINDER MÖGEN BROKKOLI

Ganztage in der Schule gelingt nur, wenn das Mittagessen schmeckt. Teil neun der Ganztage Serie. **Seite 28**

ORTE DER ERINNERUNG

In Bad Laasphe vermittelt das Projekt „Gelber Stern“ Viertklässlern NS-Geschichte. **Seite 35**

#BR26

Deutschlands wichtigstes Betriebsratsforum

16.-17.09.2026

Berlin

HOUSTON,
WIR HABEN
KEIN PROBLEM.
BETRIEBSRAT
AN BORD.

**JETZT
ANMELDEN!**

Wir sehen uns in der
Hauptstadt!
www.br26.berlin

EINE VERANSTALTUNG DER BR-VERANSTALTUNGSGESELLSCHAFT MBH UNTER MITWIRKUNG VON



Hans Böckler
Stiftung

MIT DER PREISVERLEIHUNG

**DB
RP** Deutscher
Betriebsräte
Preis
2026



BR26.BERLIN

KOOPERATIONSPARTNERINNEN



INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Fachkräftemangel von der Kita bis in die Weiterbildung

Schule: Mathestunde beim Sportlehrer	6
Jugendhilfe: Zwischen Werben und Weglaufen	10
Kitas: Keine Entwarnung	14



Berufliche Bildung: Geld und Personal fehlen	18
Hochschulen: Lage vorübergehend entspannt	20

Schule

Interview: Mehr Mut zu Tempo 30 auf Schulwegen	22
Friedenspreis für „Schule ohne Rassismus“	38
Petition und Broschüre: Schule zeigt Haltung	42

Dialog

Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren	
Alt werden in der zweiten Heimat	23

Serie: Bildung im Ganztag

Essensverpflegung: „Das Gemüse ist geil“	28
--	----



Jugendhilfe und Sozialarbeit

Schulsozialarbeit: Halt in schwierigen Zeiten	32
---	----



Gesellschaftspolitik

Projekt „Gelber Stern“: Lernorte der Erinnerung	35
---	----

fair childhood

Interview: „Kinderarbeit ist immer ausbeuterisch“	40
---	----

Mitgliederforum

43

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 78. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Anzeigen

Werbeagentur Zimmermann GmbH
Kurahessenstraße 14, 60431 Frankfurt am Main
www.erziehungundwissenschaft.de
Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



Druck und Versand

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew

GEW PROTESTIERT GEGEN STOPP BEI INTEGRATIONSKURSEN

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat Anfang Februar den kostenlosen Zugang zu Integrationskursen für rund 130.000 Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus gestoppt. Betroffen sind Asylbewerberinnen und -bewerber, Geflüchtete aus der Ukraine sowie Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Die GEW kritisiert die Entscheidung scharf: „Die Folgen dieser politischen Entscheidung sind dramatisch – nicht nur für die Teilnehmenden, sondern auch für die 20.000 Lehrkräfte, deren Arbeitsplätze gefährdet sind. Viele Kursträger wie Volkshochschulen könnten schließen“, so Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung. Ohne Sprachkurse drohe Migrantinnen und Migranten der Ausschluss vom Arbeitsmarkt, während Betriebe dringend Fachkräfte suchen. Die GEW reagierte mit einer Petition auf die Entscheidung Dobrindts und fordert die Rücknahme des Stopps. Die Petition wurde bis Drucklegung dieser Ausgabe der E&W bereits von mehr als 135.000 Menschen unterschrieben. Der Link zur Petition findet sich unter: kurz.gew.app/ew-4-26

KEIN ZWANG ZUR KOOPERATION MIT DER BUNDESWEHR

Bayern darf Hochschulen nicht dazu verpflichten, mit der Bundeswehr zusammenzuarbeiten. Das entschied Mitte März der bayerische Verfassungsgerichtshof. Damit gab das Gericht der Popularklage eines breiten Bündnisses aus 200 Klägerinnen und Klägern, darunter die GEW, teilweise statt und erklärte einen zentralen Passus des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern für verfassungswidrig.

In der für nichtig erklärten Regelung hieß es, dass bayerische Hochschulen mit der Bundeswehr zusammenarbeiten müssten, „wenn und soweit das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst auf Antrag der Bundeswehr die



Foto: GEW

Erforderlichkeit der Zusammenarbeit im Interesse der nationalen Sicherheit feststellt“.

Die Vorsitzende der GEW Bayern, Martina Borgendale, und das für Hochschule und Forschung verantwortliche GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller begrüßten die Entscheidung des Gerichts. Damit werde die Wissenschaftsfreiheit gestärkt. Borgendale bedauerte jedoch, dass das Gericht die Verpflichtung der Schulen zu Auftritten von Jugendoffizierinnen und -offizieren der Bundeswehr weiterhin zulasse.

BETRIEBSRÄTEPREIS 2026

Die Bewerbungsrunde für den Betriebsrätepreis 2026 ist eröffnet. Gesucht werden engagierte Interessenvertretungen, die sich in den Jahren 2024 bis 2026 für gute Mitbestimmung engagiert und damit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zum Erhalt oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder der Bewältigung von Krisen im Betrieb beigetragen haben. Weitere Themen, mit denen man sich bewerben kann, sind Herausforderungen durch die Transformation, Umgang mit Künstlicher Intelligenz, Qualifizierung der Belegschaft oder Gestaltung fairer Arbeitsbedingungen. Teilnehmen können neben einzelnen Betriebsrätinnen und -räten sowie kompletten Gremien auch Schwerbehinderten-, Jugend- und Auszubildenden- sowie Mitarbeitervertretungen mit ihren aktuellen Projekten. Bewerbungsschluss ist der 30. April 2026. Bewerbungen über: www.dbrp.de

Berichtigung

Der Artikel „Das lernt man eher beim ‚Tatort‘ als an der Uni“ in der E&W 3/2026 (Seite 36 f.) enthielt leider zwei falsche Angaben. Der emeritierte Professor Titus Simon wurde der Uni Magdeburg zugeordnet. Das ist falsch. Richtig ist, dass er Professor an der Hochschule Magdeburg-Stendal war.

In dem Zitat auf Seite 37, in dem es heißt, früher habe man es als Studierender der Sozialen Arbeit auf 18.000 Praxisstunden gebracht, muss es richtig 1.800 Stunden heißen. Wir bitten, die Fehler zu entschuldigen.

PRÄMIE DES MONATS



April: LEGO-Box Classic

Die Start-Box von LEGO mit 484 Teilen in 35 Farben, darunter Fenster, Reifen und Felgen.
Alles in der großen, gelben Aufbewahrungskiste.



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/mitglied-werden

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

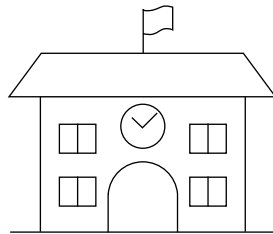
PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

MATHESTUNDE BEIM SPORTLEHRER



SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Der Lehrkräftemangel reißt große Löcher in die Unterrichtsversorgung – mit Folgen für die Bildung der Kinder, wie ein Blick nach Sachsen zeigt. Der Rechtsanspruch auf Ganzttag ab Sommer droht, die Misere weiter zu verschärfen. Dabei könnte er eine Chance sein.

Eigentlich genügt dieses eine Bild, um zu illustrieren, was der Lehrkräftemangel an den Schulen anrichtet: Als neulich an einer Chemnitzer Grundschule kein Mathelehrer zur Verfügung stand, fand das Team eine Notlösung – und verlegte die Stunde kurzerhand in die Turnhalle. Unter Aufsicht des Sportlehrers breiteten sich die Erstklässler auf Matten aus und lösten Aufgaben auf Arbeitsblättern. So fiel die Mathestunde zumindest offiziell nicht aus. Außergewöhnlich sind solche Improvisationen nicht. „Dass zwei oder drei Klassen in der Aula oder im Speiseraum zusammengelegt werden, kommt häufiger

vor“, erzählt Ines Hetzel, Vize-Vorsitzende der GEW in Chemnitz und Mitglied des Hauptpersonalrats. „Und die Lehrkraft springt hin und her – Hauptsache, es tut sich keiner was.“ Hinter den Zahlen Zehntausender fehlender Lehrkräfte in allen Bundesländern stecken unzählige solcher Geschichten: von Ausfall, Notbetreuung – und Kollegien am Rande des Nervenzusammenbruchs. Insbesondere in der Sekundarstufe I und an den Berufsschulen werde sich der Mangel in den nächsten Jahren noch verschärfen, sagt Kai Eicker-Wolf, Referent für finanzpolitische Fragen der GEW Hessen. Und in den Grundschulen wird der im August beginnende Ganztagsanspruch den Personalbedarf weiter erhöhen. Für die GEW Hessen hat Eicker-Wolf in einer aktuellen Studie den künftigen Lehrkräftebedarf untersucht. Ergebnis: In den kommenden Jahren könnten in dem Bundesland mehr als 10.000 ausgebildete Lehrkräfte fehlen. Selbst im Jahr 2035, für das mit sinkenden Schülerzahlen gerechnet wird, soll der Bedarf das Angebot noch um etwa 9.000 Lehrkräfte übersteigen.

Der Unmut wächst.

Hetzel ist Lehrerin für die Fächer Wirtschaft-Technik-Haushalt/Soziales (WTH) und Werken sowie Diplom-Sozialpädagogin. Sie erlebt die Misere auch in ihrem Schulalltag am sächsischen Landeszentrum für Blinde



Enormes Einsparpotenzial: Mathe, Sport, Englisch und Philosophie einfach zusammen legen!

und Sehbehinderte, das als Einrichtung des Freistaates noch relativ gut ausgestattet ist. Doch auch für die rund 140 Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Förderbedarfen an der Grund- und Oberschule gehen in Hauptfächern, Naturwissenschaften und WTH die Lehrkräfte aus. Einige Lücken sind jetzt schon deutlich sichtbar – und etwa ein Drittel der 35 Kolleginnen und Kollegen ist 55 Jahre und älter. Diese Lehrkräfte gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Doch der Nachwuchs kommt nicht im gleichen Maße nach.

„Die Lücken werden immer größer – wie an fast allen Oberschulen“, sagt Hetzel. „Der Unmut wächst.“ Die meisten Schulen in Sachsen seien inzwischen gezwungen, immer mehr Unterricht fachfremd zu besetzen – nicht nur Oberschulen, sondern auch Gymnasien.

Glücklicherweise fänden sich immer noch Lehrkräfte, die sich in neue Aufgaben mit viel Engagement hineinknien. Doch selbst Schulassistentinnen und -assistenten ohne die nötige Ausbildung würden als „Mädchen für alles“ eingesetzt und übernehmen sogar Vertretungsstunden, würden aber viel schlechter bezahlt. „Die Lage ist katastrophal“, sagt die Lehrerin und seufzt. „Und sie wird sich in absehbarer Zeit nicht bessern.“

Petra Ebert geht es ähnlich. Sie ist seit 1985 im Schuldienst und seit 1999 an der Oberschule in Ebersbach-Neugersdorf mit rund 350 Schülerinnen und Schülern nahe der tschechischen Grenze. Ihre Sorgen wachsen stetig. „Wir waren mal 30 Kolleginnen und Kollegen. Heute sind wir noch 24“, erzählt die 63-Jährige. Darunter seien eine Handvoll Seiteneinsteiger und zwei Langzeiterkrankte; eine Abgeordnete Kollegin vom Gymnasium helfe im Fach Deutsch aus. Der Fächerkanon ist planmäßig gekürzt, auch in Deutsch und Englisch wird jeweils eine Stunde weniger erteilt. Förderunterricht gebe es kaum noch, ein Ergänzungsbereich mit individuellen Hilfen oder AGs existiere nicht mehr. „Wir müssen



Für viele geht es nur noch ums Durchkommen.



BURKHARD NAUMANN,
GEW-VORSITZENDER SACHSEN

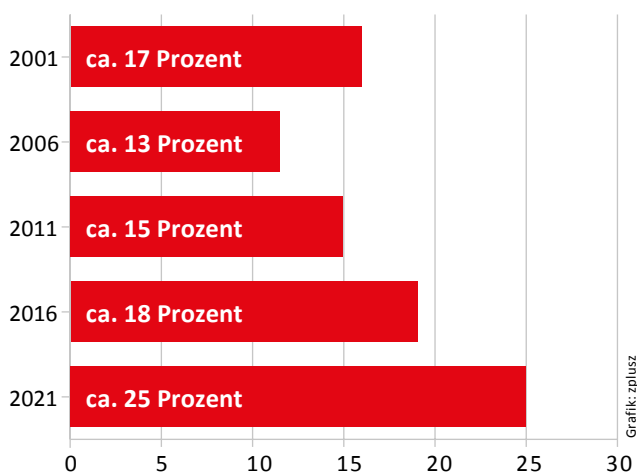


>>> uns so aufteilen, dass alle Schülerinnen und Schüler ein bisschen Unterricht abbekommen“, erzählt Ebert. Vorrang haben dabei die Klassen 9 und 10, die sich auf die landesweit einheitlichen Abschlussprüfungen vorbereiten. „Die Belastung hat deutlich zugenommen“, sagt Ebert, die Vorsitzende des örtlichen Personalrats ist. Denn bei einer gekürzten Stundentafel müssen die Lehrkräfte mehr Klassen unterrichten. Das bedeutet: mehr Leistungskontrollen, mehr Korrekturen, mehr Betreuungsaufwand. Und obwohl sich der Schulleiter sehr bemüht und viele Gespräche führt – neue Kolleginnen oder Kollegen kommen selten. Nur neulich stieß ein junger Geschichtslehrer zum Team, der aus der Region stammt und gerade seine Ausbildung beendet hat. „Seine Bewerbung“, so nennt es Ebert, „war wie ein Sechser im Lotto.“

Für Burkhard Naumann, seit Sommer 2023 GEW-Vorsitzender in Sachsen, ist all das ein Dauerbrenner. Nach Berechnungen der Gewerkschaft sind derzeit im Freistaat etwa 4.000 Lehrkräftestellen vor allem an Grund-, Förder- und Oberschulen nicht besetzt – Tendenz steigend. Allein im Schuljahr 2024/2025 schieden 1.600 Lehrkräfte aus, davon fast 90 Prozent vorzeitig. „Die Aufgaben

Entwicklung der Lesekompetenz der Grundschülerinnen und -schüler in Deutschland

Anteil der Grundschülerinnen und -schüler in Deutschland, die in den IGLU-Studien nicht den Mindeststandard erreichten:



DER SEIT VIELEN JAHREN HERRSCHENDE LEHRKRÄFTEMANGEL HAT AUSWIRKUNGEN AUF DIE LEISTUNGEN DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER, EXEMPLARISCH DARGESTELLT AN DER ENTWICKLUNG DER LESEKOMPETENZ DER KINDER IN DEN IGLU-STUDIEN.

und pädagogischen Herausforderungen steigen immer weiter – die Belastungen sind für viele Lehrkräfte nicht mehr zu schaffen, sie können nicht bis in den Ruhestand durchhalten“, sagt Naumann. „Für viele geht es nur noch ums Durchkommen.“ Dabei helfe nur eine Portion persönlicher Idealismus.

Doch nicht nur die Teams leiden unter den Zuständen – sondern auch die Bildungsqualität. Oft könne nicht einmal das Mindestmaß der Lehrpläne erfüllt werden. Das Kultusministerium kalkuliere inzwischen nicht einmal mehr mit einem Ergänzungspool als Personalreserve und rechne mit einem planmäßigen Unterrichtsausfall. Das spare 1.850 Stellen. Freie Stellen würden nur noch dort ausgeschrieben, wo die Not am größten ist – wie in Ostsachsen und im Erzgebirge. „Das Elend soll offenbar gleichmäßig verteilt werden“, sagt Naumann. Doch das Land bekomme zunehmend Schwierigkeiten, Absolventinnen und Absolventen an sich zu binden. Zuletzt blieben nur 72 Prozent der frisch ausgebildeten Lehrkräfte im Land – statt wie sonst 80 bis 90 Prozent eines Jahrgangs. Viele angehende Lehrkräfte gingen lieber in andere Bundesländer, in die Wissenschaft, zu freien Trägern oder in andere Branchen.

Vertane Chance Ganztag

Dabei seien die Probleme hausgemacht: Nach dem Tal des Geburtenknicks in den 1990er-Jahren habe Sachsen viel zu spät umgesteuert und in eine bessere Personalausstattung investiert. Die Folgen müssten die Kolleginnen und Kollegen nun ausbaden: durch permanente Überlastung, unzählige nicht vergütete Überstunden und ein hohes Maß an Ungerechtigkeit. Doch statt gegenzusteuern, verschlechtere Kultusminister Conrad Clemens (CDU) die Bedingungen durch ein großes Kürzungspaket etwa bei der individuellen Förderung und der Inklusion, den Ganztagsangeboten, Schulbudgets und Schulassistenten sowie bei Anrechnungsstunden und Altersermäßigungen. Naumann: „Der Teufelskreis aus Überlastung und Lehrkräftemangel dreht sich weiter.“

Die schrittweise Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganzttag in der Grundschule ab diesem Sommer dürfte die Lage in Sachsen nicht verbessern. „Eigentlich ist der Ganzttag eine Riesenchance“, sagt Vize-Landeschefin Astrid Axmann. Wenn Schule, Jugend und Sozialarbeit zusammenarbeiten und eine Rhythmisierung des Tagesablaufs organisieren, liege darin ein großes Potenzial,



karikatur: Freimut Woessner

Personallücken zu schließen und die Qualität zu verbessern. Etliche Erzieherinnen und Erzieher seien zur Teilzeit gezwungen und würden gern mehr in der Schule arbeiten. „Doch diese Chance wird wohl vertan“, meint Axmann. Eher werde der sich abzeichnende Rückgang der Kinderzahlen an Grundschulen zu Kürzungen genutzt, befürchtet sie.

Vom Fachkräftemangel besonders betroffen sind die ländlichen Regionen. Yvonne Lichnok arbeitet an der Geschwister-Scholl-Oberschule im 3.000-Einwohner-Ort Krauschwitz in der Oberlausitz, der sorbisch Krušwica heißt. Seit 2021 leitet die Lehrerin für Mathe und Physik die Schule mit rund 240 Kindern. Doch statt der benötigten 21 Lehrkräfte hat Lichnok zurzeit nur 16 – und sie selbst wird für ein paar Stunden an eine Schule im nahen Weißwasser abgeordnet. „Ich habe hier nur



*Nachwuchs kommt kaum nach.
Die Randregionen bluten aus.*



YVONNE LICHNOK,
LEITERIN DER GESCHWISTER-SCHOLL-OBERSCHULE
IN KRAUSCHWITZ

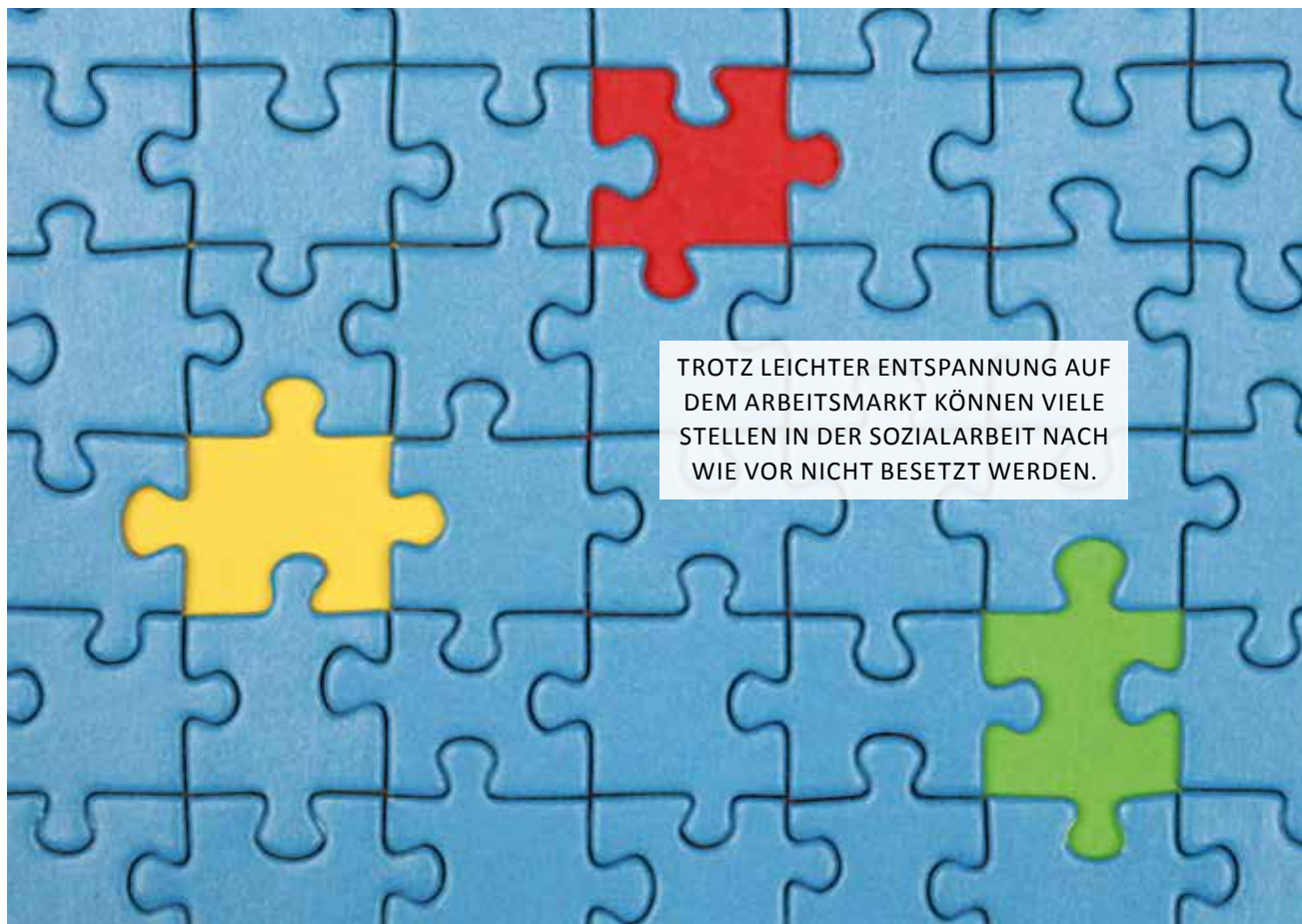
Krisen kennengelernt“, sagt sie. „Wir bekommen keine Unterstützung vom Freistaat. Das macht mich wütend.“ Umso mehr kämpft sie für ihre Schule. Ende 2023 schrieb Lichnok eine Petition an den Landtag und kritisierte besonders den Ausfall von Pflichtstunden in den Naturwissenschaften. Sie traf den Kultusminister und diskutierte im MDR-Fernsehen mit Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Sie ist eine, die sich traut, den Mund aufzumachen.

Verstärkung aus Duschanbe

Um den Schulalltag zu meistern, behelfen sich Lichnok und ihr Team mit pensionierten Kolleginnen und Kollegen sowie Studierenden. In einer 5. Klasse gestalten Studierende der TU Dresden im alternativen Lehramtspraktikum (Alternatives Lehramtspraktikum an ausgewählten Schulen – ALSO) einen Schultag pro Woche für soziales Lernen und Förderung in Deutsch, Mathe und Englisch. ALSO ist ein Modellprojekt der TU mit dem Ziel der besseren Verzahnung von Theorie und Praxis sowie der Bekämpfung des Lehrkräftemangels im ländlichen Raum. In der Klassenstufe 8 gehen die Schülerinnen und Schüler für das komplette Schuljahr über einen Tag pro Woche ins Praktikum. „Somit habe ich jetzt an zwei Tagen je eine Klasse, für die ich keine Lehrkraft einplanen muss“, sagt Lichnok.

Unerwartete Verstärkung im Fach Deutsch kommt jetzt aus dem rund 5.000 Kilometer entfernten Duschanbe. Der Pädagogische Austauschdienst suchte für eine 35-jährige Lehrerin aus der Hauptstadt Tadschikistans einen Platz – und Lichnok griff sofort zu: „Ich nehme jede Stunde, die ich bekommen kann.“ Seit dem 1. Februar ist die neue Kollegin mit ihrem Mann und ihren drei Kindern in Krauschwitz. Seit März unterrichtet sie dort Deutsch und Deutsch als Zweitsprache (DaZ). „Formalitäten, Einarbeitung und Betreuung – der Aufwand ist irre“, sagt Lichnok. „Aber es lohnt sich. Sie kommt gut an.“ Im Dezember muss die Lehrerin zurück nach Duschanbe an ihre große Schule mit 2.500 Kindern. Für Krauschwitz sind die Aussichten nicht rosig: Die Hälfte des Kollegiums ist älter als 60 Jahre und geht bald in den Ruhestand. Nachwuchs kommt kaum nach. „Die Randregionen bluten aus“, sagt Lichnok. ■

Prognose Lehrkräftebedarf in Hessen und 15-Punkte-Programm der GEW gegen den Lehrkräftemangel: kurz.gew.app/ew-4-26



TROTZ LEICHTER ENTSPANNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT KÖNNEN VIELE STELLEN IN DER SOZIALARBEIT NACH WIE VOR NICHT BESETZT WERDEN.

Foto: mauritius images/Markus Mainka

ZWISCHEN WERBEN UND WEGLAUFEN

JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

Auf der einen Seite eine Berufsmesse, auf der anderen überlastete Jugendämter. Berlin wirbt mit großem Aufwand um Nachwuchs für Bildung und Jugendhilfe. Ob die neuen Kräfte bleiben, entscheidet sich im zermürenden Arbeitsalltag.

Fachkräftemangel hat viele Gesichter. Ein freundliches zeigt sich an einem eisigen Februar-Samstag auf

dem sogenannten Berlin-Tag. Mit Deutschlands größter Berufs- und Informationsmesse im Bildungsbereich versucht die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie seit mehr als zehn Jahren, Menschen für eine Laufbahn in Sozialarbeit und Bildung zu gewinnen. Unter dem Motto „Berlin sucht schlaue Leute“ stehen an rund 250 Ständen Mitarbeitende aus allen Bereichen bereit. Sie werben mit Teddys und Gummibärchen, mit „I love soziale Arbeit“-Stickern und „Karriereteam“-Hoodies. Mehr als 5.000 Besucherinnen und Besucher sind heute gekommen: Fach- und Nachwuchskräfte, Studierende, Quereinsteigende, Schülerinnen und Schüler. Auch Jugendamtsleitungen sind vor Ort. Von einem „tollen Job mit vielseitigen Möglichkeiten und Menschen, denen man begegnet“, schwärmt die Leiterin des Neuköllner Jugendamts Katrin Dettmer bei der Veranstaltung

„Arbeiten im Jugendamt – Mehr als nur ein Job“. Ihr Kollege Marcus Lehmann aus Mitte ermuntert: „Haben Sie keine Scheu, wenn Sie eine Ausschreibung sehen. Wir wollen keine gute Kraft an uns vorbeiziehen lassen.“ An den Ständen liegen Flyer mit offenen Stellen aus, vom Verfahrenslotsen im Teilhabefachdienst bis zur Leitung eines Fachdienstes Jugendhilfe.

Mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden in den Jugendämtern ist häufig oder dauerhaft überlastet.

Das unfreundliche Gesicht des Fachkräftemangels zeigt sich vielen in der Praxis. „Ein knappes Viertel der Stellen ist bei uns im Team nicht besetzt“, berichtet ein langjähriger Mitarbeiter des Regionalen Sozialpädagogischen Dienstes (RSD), der Anlaufstelle des Jugendamtes bei Erziehungs- und familiären Problemen, zuständig unter anderem für den Kinderschutz. Die Folge: Aus 100 Fällen, die eine Fachkraft normalerweise betreut, werden schnell 130. Die GEW fordert einen Schlüssel von 1:35. „Weiße

Fahnen“, benannt nach dem Symbol der Kapitulation, nannte sich passenderweise eine AG von Jugendamt-Mitarbeitenden, die – unterstützt von der GEW, dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) und ver.di – über Jahre unter Slogans wie „Jugendämter – come in and burn out“ auf die Überlastung aufmerksam machte (s. E&W 11/2020 und 2/2025). Allein steht Berlin damit nicht: Als der Westdeutsche Rundfunk 2024 bundesweit alle Jugendamtsleitungen anschrieb, gab mehr als die Hälfte an, die Mitarbeitenden im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) – so heißt der RSD bundesweit – seien häufig oder dauerhaft überlastet.

Allerdings sind auf dem „Berlin-Tag“ auch Stimmen zu hören, die Anzeichen für eine leichte Entspannung sehen. Die schlimmste Phase des Personalmangels sei vorbei, erklärt Dettmer bei der Podiumsveranstaltung. Auch mehrere RSD-Mitarbeitende berichten, noch vor zwei Jahren sei die Lage deutlich angespannter gewesen. Gründe werden mehrere genannt. Zum einen bewerben sich mehr Erzieherinnen und Erzieher, die in den Kitas demografiebedingt nicht mehr unterkommen. Zum >>>

Agency in Media

Kostenlose Workshopreihe zur Förderung von Bild-, Informations- und Medienkompetenz

Wie formen digitale Bilder Mensch, Kultur und Gesellschaft? Die kostenlose Workshopreihe **AGENCY IN MEDIA** eröffnet Schulklassen praxisnahe Zugänge zu aktuellen digitalen Bildwelten und lädt dazu ein, Bilder kritisch zu lesen, einzuordnen, zu diskutieren und aktiv zu gestalten.

Die oft beschriebene digitale Bilderflut ist längst Realität – doch müssen wir darin treiben oder lernen, sie zu verstehen? Im Zeitalter von KI, Deepfakes, algorithmischer Sichtbarkeit und Desinformation stellt sich die Frage nach neuen Bild- und Medienkompetenzen: Wie und aus welchem Interesse entstehen digitale Bildwelten? Warum werden manche Bilder sichtbar und andere nicht? Und welche Rolle spielen wir selbst dabei?

Im Fokus stehen ein reflektierter Umgang mit visuellen Informationen, künstlerischer Ausdruck und ein souveränes Handeln auf Sozialen Plattformen.

Vom Scrollen zum Verstehen und aktiven Gestalten!
Für Schulklassen von 14-20 Jahren



Weitere Infos und Buchung

Dieses Vermittlungsangebot wird ermöglicht durch die Förderung der

ZEIT
STIFTUNG
BUCERIUS

>>> anderen bilden die Berliner Jugendämter inzwischen in dualen Studiengängen zusammen mit Hochschulen gezielt Nachwuchs aus. Wer ausgewählt wird, verpflichtet sich, drei Jahre für das Land Berlin zu arbeiten. Dass diese Bindung abschreckt, ist nicht erkennbar: Nach Angaben der auswählenden Senatsverwaltung für Finanzen lagen im Februar für den Studiengang an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen 409 Bewerbungen auf 40 Plätze vor. Im vergangenen Jahr war die Lage ähnlich.

**Bundesweit fehlen bis 2028
rund 18.000 Sozialarbeitende.**

Die GEW Berlin, ebenfalls auf der Messe vertreten, nennt eine weitere, eher nüchterne Erklärung für den abnehmenden Fachkräftemangel. „Auch Haushaltskürzungen haben Druck aus dem Kessel genommen“, sagt GEW-Referent Ronny Fehler, „wenn Stellen gestrichen werden, stehen natürlich für die verbleibenden mehr Fachkräfte zur Verfügung.“

Zugleich vollzieht sich ein Generationenwechsel. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat berechnet, dass 2020 rund ein Fünftel der ASD-Beschäftigten jünger als 30 Jahre war. 2006 lag der Anteil bei 9 Prozent. „Es ist natürlich erfreulich, dass sich so viele junge Menschen für den Beruf interessieren“, sagt Jugendamtsleiterin Dettmer, gesteht aber auch offen: „Im Grunde benötigen wir mehr Kapazitäten für die Einarbeitung.“

Ein Ende des Bedarfs in der Sozialen Arbeit insgesamt ist nicht in Sicht: Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft von Ende 2024 fehlen bis 2028 bundesweit rund 18.000 Sozialarbeitende. Der unter Leitung des früheren DJI-Direktors Prof. Thomas Rauschenbach



*In einem Bereich, der vollständig
aus öffentlichen Mitteln finanziert wird,
haben wir es mit regelrechtem
Lohndumping zu tun.*



RONNY FEHLER,
REFERENT VORSTANDBEREICH KINDER-, JUGEND-
HILFE UND SOZIALARBEIT, GEW BERLIN



Foto: Jeannette Goddar

AUF DEM „BERLIN-TAG“ WARB DIE SENATS-
VERWALTUNG FÜR BILDUNG, JUGEND UND
FAMILIE DER HAUPTSTADT ERNEUT UM
BEWERBERINNEN UND BEWERBER AUS DEM
BEREICH DER SOZIALEN ARBEIT.

erstellte Kinder- und Jugendhilfereport von 2024 widmet dem Fachkräftemangel ein eigenes Kapitel. Als „offenbar massives Problem“ in „Teilen der Kinder- und Jugendhilfe“ nennt er auch die „mangelnde Bindung im Beruf“. Nach Dettmers und Lehmanns Vortrag meldet sich eine junge Frau zu Wort, die sich nach drei Jahren Sozialarbeit im Jugendamt umorientieren will: „Nehmen Sie auch Quereinsteiger in die Verwaltung?“ Verena Bieler wechselte aus dem RSD in eine Erziehungs- und Familienberatungsstelle, um mehr Zeit für die einzelnen Menschen zu haben. „Durch die Ökonomisierung der sozialen Arbeit verzichten viele auf qualitativ hochwertige Arbeit. Das frustriert“, sagt die Aktive in der AG „Weiße Fahnen“ und im DBSH.

Selbst diejenigen, die im Beruf bleiben, suchten häufig nach besseren Bedingungen. Die Frage sei: „Wo kann ich arbeiten, ohne nachts wach zu liegen, weil ich den Menschen nicht gerecht werde oder mit meiner Gesundheit bezahle?“

Schließlich bleibt im Bereich Soziale Arbeit die Bezahlung ein wunder Punkt. Laut Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut der Hans-Böckler-Stiftung sind nur 28 Prozent der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit ihrem Einkommen zufrieden. 63 Prozent würden ihren Beruf weiterempfehlen – das ist im Vergleich der Berufsgruppen leicht unterdurchschnittlich. Für die GEW liegt eine zentrale Baustelle in der fehlenden Tarifbindung vieler freier Träger. Weil es die Tarifbindung nicht gibt, wählen Berliner Bezirksämter oft jene Anbieter aus, die sich für 10 oder 15 Prozent weniger Geld als ihre Mitbewerber für Kinder, Jugendliche und alle anderen Zielgruppen sozialer Arbeit einsetzen. Fehler: „Das ist natürlich absurd: In einem Bereich, der vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, haben wir es mit regelrechtem Lohndumping zu tun.“ ■

Forderungen der GEW

Die GEW warnt vor einem dramatischen Fachkräftemangel in der Jugendhilfe und Sozialarbeit. In einem Ende vergangenen Jahres veröffentlichten Positionspapier fordert sie acht zentrale Maßnahmen, um die Situation zu entschärfen. Dazu gehören bessere Arbeitsbedingungen, angemessene Personalschlüssel, Entlastung der Leitungen und die Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit. Die GEW betont die Notwendigkeit, die Attraktivität der Berufe durch bessere Bezahlung, Fortbildungen und Supervision zu steigern. Zudem sollen Ausbildungen attraktiver gestaltet und ausländische Abschlüsse leichter anerkannt werden. Eine bundesweite Kampagne soll das Berufsfeld bekannter machen. Die GEW sieht in gut ausgebildeten Fachkräften die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft.

8-Punkte-Programm der GEW gegen den Fachkräftemangel in der Sozialarbeit: kurz.gew.app/ew-4-26

**Viel
falt.**
Mediathek

**JETZT IM
NEUEN
DESIGN!**

**Bildungsmaterial gegen (Rechts-)Extremismus,
Menschenfeindlichkeit und Gewalt. Für
Demokratie, Vielfalt und Anerkennung.**

www.vielfalt-mediathek.de

Über 5.000 kostenlose Materialien für die schulische
und außerschulische Bildungsarbeit





IN KITAS ARBEITEN NACH WIE VOR (ZU) VIELE NICHT AUSREICHEND QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE. DARUNTER LEIDET DIE PÄDAGOGISCHE QUALITÄT IN DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG.

KITAS ZWISCHEN PERSONALDRUCK UND QUALITÄTSANSPRUCH

ANNE-KATRIN WEHRMANN
freie Journalistin

In vielen Kitas führt der Fachkräftemangel zu spürbaren Einschränkungen der Qualität des Angebots in der frühkindlichen Bildung. Trotz zurückgehender Kinderzahlen kann keine Entwarnung gegeben werden.

Gerade einmal jede siebte Kita in Deutschland hat die von der Wissenschaft empfohlene Personalbesetzung, um eine gute frühkindliche Bildung, Betreuung und

Erziehung für alle Kinder in der jeweiligen Einrichtung zu gewährleisten: Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung zu den Personalausstattungsquoten in deutschen Kitas (s. Kasten Seite 17). Rund jeder fünften Kita stehen hingegen nur 60 Prozent oder weniger der empfohlenen Personalkapazitäten zur Verfügung. Dabei unterscheiden sich die berechneten Werte nicht nur zwischen den Bundesländern, sondern auch regional zum Teil erheblich. Die Wissenschaft empfiehlt für Kinder, die jünger als drei Jahre sind, einen Betreuungsschlüssel von 1:3, für Kinder, die älter als drei Jahre sind, einen Wert von 1:7,5.

Die höchsten Anteile an Kitas, deren Personalausstattung den fachlichen Empfehlungen entspricht, weisen demnach Baden-Württemberg (36 Prozent) und Bremen (32 Prozent) auf. Der GEW-Landesverband Bremen zeigt sich überrascht von dieser vorderen Platzierung. Es sei

nicht erklärbar, warum das finanziell klamme Bundesland in dieser Berechnung so gut dastehe, heißt es: „Was wir aus den Bremer Kitas hören, ist mit Blick auf die Personalsituation alles andere als rosig.“ Und auch der GEW-Landesverband Baden-Württemberg mag sich über diese „Tabellenführung“ nicht freuen. Dass das Land rein rechnerisch die fachlichen Empfehlungen bundesweit am besten zu erfüllen scheine, sei ein Trugschluss: „Diese Zahlen überdecken die strukturbedingten Qualitätsprobleme. Besonders fatal ist dabei, dass in einigen Kommunen die Ergebnisse bereits Anlass bieten, Kürzungen im Kita-Bereich zu erwägen.“ Zudem haben laut Studie 64 Prozent der Kitas keine ausreichende Personalausstattung.

Personalbesetzung im Osten besonders prekär

Eine Umfrage unter den GEW-Landesverbänden bestätigt, dass die Situation praktisch überall als widersprüchlich bis besorgniserregend eingeschätzt wird. „Einerseits besteht weiterhin ein struktureller Fachkräftemangel, andererseits sinken die Kinderzahlen spürbar“, heißt es zum Beispiel aus Berlin. „Während in den vergangenen Jahren vor allem fehlende Plätze und überlastetes Personal im Fokus standen, stehen nun vielerorts unbesetzte Kita-Plätze im Mittelpunkt.“ In Hamburg ist die Personalsituation nach Angaben des Landesverbands „hochgradig angespannt“, die Belastungsgrenze in vielen Einrichtungen sei längst überschritten. In Nordrhein-Westfalen prägen „Überlastung, chronischer Personalmangel und ständige Improvisation“ den Alltag. Auch aus den anderen Landesverbänden kommen wenig positive Einschätzungen – von „großem Mangel in der Fläche“ (Schleswig-Holstein) über „angespannt“ (Rheinland-Pfalz) bis hin zu „alarmierend“ (Saarland) ist in den Rückmeldungen die Rede. In Bayern ist zwar die Personalausstattungsquote laut Bertelsmann-Studie vergleichsweise hoch, zugleich zeigen sich dort aber besonders starke Unterschiede zwischen wirtschaftlich stärkeren und finanzschwächeren Regionen. „Das darf nicht sein“, teilt der bayerische Landesverband mit, „wir brauchen gleichwertige Lernbedingungen, unabhängig von der Finanzkraft der Kommune.“

Deutlich erkennbar wird in der Bertelsmann-Erhebung, dass sich die Situation in den westdeutschen und in den ostdeutschen Bundesländern grundlegend unterscheidet. Schon im vergangenen Jahr hatte die Studie >>>



Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim:
**Die Schmerzklinik
für Beamte**

**Kostenlose Beratungs-Hotline:
0800 1983 198**

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim bietet Ihnen als privates Krankenhaus optimale Behandlungsbedingungen für die Behandlung chronischer Schmerzen:

- Hohe ärztliche und therapeutische Kompetenz – seit 40 Jahren
- Erfahrung in einem weiten Spektrum von chronischen Schmerzen
- Individuelle Therapieplanung mit schulmedizinischen und naturheilkundlichen Anteilen
- Wertschätzende Beratung auf Augenhöhe
- Unterbringung in modernen Einzelzimmern
- Beihilfefähig
- Unterstützung bei allen Formalitäten

Wir beraten Sie individuell und sind mit Herz & Kompetenz gerne für Sie da. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!

 **Schmerztherapiezentrum
Bad Mergentheim**
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie
und Schmerzpsychotherapie
Schönbornstr. 10 · 97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 5493-44 · info@schmerzklinik.com

www.schmerzklinik.com

DEINE ZEIT. DEIN ENGAGEMENT.

Für mehr Nachhaltigkeit & soziale Gerechtigkeit.



BFD bei den Tafeln

In der Lebensmittelausgabe, in der Sortierung, im Büro oder im Fahrdienst – es gibt viele Möglichkeiten, sich im Bundesfreiwilligendienst bei den Tafeln einzubringen.

➤ **Wir freuen uns auf dich!**
www.tafel.de/bfd

TAFEL 
DEUTSCHLAND

>>> „Prekäre Professionalität? Regionale Disparitäten in der Fachkraft-Quote der KiTa-Teams“ der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die Fachkraft-Quote im Osten mit durchschnittlich 87 Prozent deutlich über der im Westen (69 Prozent) liegt. Die aktuelle Studie macht deutlich: Während im Westen nur 11 Prozent der Kitas über eine personelle Ausstattung von 60 Prozent oder weniger des fachlich empfohlenen Wertes verfügen, betrifft das im Osten 65 Prozent.

Forderungspapier der SPD: Kitas im Osten retten

„Für Thüringen wäre es einfach, den Personalschlüssel zu verbessern. Man müsste nur die demografische Entwicklung nutzen“, teilt der GEW-Landesverband mit. Das setze allerdings den Willen bei Land und Kommunen voraus, die hier wie anderswo in Ostdeutschland sinkenden Kinderzahlen nicht als Sparmaßnahme zu nutzen. Der Landesverband Sachsen-Anhalt beobachtet ein Abwandern junger, hochqualifizierter Fachkräfte sowie einen Kampf der Kitas um jedes Kind, um Schließungen zu verhindern. „Wir riskieren einen Kahlschlag bei der pädagogischen Substanz, der über Jahrzehnte nicht heilbar sein wird“, heißt es dort.

SPD-Kita-Politikerinnen und -Politiker aus den fünf ostdeutschen Flächenländern haben kürzlich ein Forderungspapier mit dem Titel „Für die Rettung der Kitas im Osten – Personal halten, Strukturabbruch verhindern“ an die Bundesregierung gesandt. Darin appellieren sie, beim Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz die Situation der ostdeutschen Länder mit ihrer speziellen demografischen Entwicklung besonders zu berücksichtigen. Sie halte es für immens wichtig, dass dieses Papier so deutlich formuliert worden sei, sagt Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied für den Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit. „Wir brauchen einen ganz klaren Blick Ost“, macht sie deutlich. „Hier gehen die Kinderzahlen dramatisch zurück. Wir dür-



*Wir sind in eine
Deprofessionalisierungsfalle geraten, da
müssen wir dringend gegensteuern.*



DOREEN SIEBERNIK,
GEW-VORSTANDSMITGLIED JUGENDHILFE
UND SOZIALARBEIT



DIE GEW WARNT DAVOR, IN DEN OSTDEUTSCHEN LÄNDERN SINKENDE KINDERZAHLEN AUSZUNUTZEN, UM KITAS ZU SCHLIEßEN UND PERSONAL ABZUBAUEN. STATTDESSEN MUSS DIE ENTWICKLUNG ALS CHANCE GESEHEN WERDEN, DEN PERSONALSCHLÜSSEL ZU VERBESSERN.

Foto: IMAGO/Bihlmayerfotografie

fen es nicht zulassen, dass jetzt Einrichtungen geschlossen und Fachkräfte entlassen werden.“ Es brauche entschiedenes politisches Handeln und Investitionen in die frühkindliche Bildung: „Was wir jetzt verpassen, müssen wir hinterher doppelt so teuer nachbezahlen.“

Aus ihrer Sicht bestätigen die Ergebnisse der Studie eine problematische Entwicklung: Zwar sei die Zahl der Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung in den vergangenen Jahren gewachsen, gleichzeitig gebe es aber immer weniger ausgebildete Fachkräfte. „Quantität geht inzwischen vor Qualität“, stellt Siebernik fest. „Wir sind in eine Deprofessionalisierungsfalle geraten, da müssen wir dringend gegensteuern.“ Dass zunehmend fachfremdes oder geringer qualifiziertes Personal in den Kitas eingesetzt werde, sei eine Politik der Notlösungen, die den Fachkräftemangel nicht behebe, sondern langfristig sogar verschärfe. Entscheidend sei nun, die strukturellen Rahmenbedingungen zu verbessern: verbindliche Standards für die Ausbildung, mehr qualifiziertes Personal, ausreichend Leitungszeit, Zeit für Vor- und Nachbereitung sowie kontinuierliche Fortbildung. ■

Weitere Infos: kurz.gew.app/ew-4-26

Personalausstattungsquote

Weil die rechtlichen Regelungen zur Personalbemessung in Kitas zwischen den Bundesländern stark variieren, wurde im Rahmen der Bertelsmann-Studie „Die Personalausstattungsquote in Kitas“ der Indikator „Personalausstattungsquote“ entwickelt: eine einheitliche Messgröße, die auf den Daten der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik basiert. Ziel ist, eine bundesweite Vergleichbarkeit aller in der Statistik erfassten Kitas zu ermöglichen. Der neu eingeführte Indikator berücksichtigt neben der Größe einer Einrichtung auch die Altersstruktur der Kinder und die soziale Zusammensetzung in den Kitas. Dabei wird für Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache sowie für Kinder mit Eingliederungshilfe ein zusätzlicher Personalaufschlag berücksichtigt. Eine Ausstattungsquote von 1,0 entspricht hierbei zu 100 Prozent der fachlichen Empfehlung. Die Empfehlungen der Bertelsmann Stiftung weichen hierbei leicht von denen anderer Studien ab. So empfiehlt die Stiftung in ihrer aktuellen Studie beispielsweise für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:9.

Deutsche Umwelthilfe
50 Jahre Wir setzen Umweltschutz durch

Klimaschutz?

SETZEN WIR DURCH.

Mit der Deutschen Umwelthilfe haben wir Klimaschutz als Grundrecht durchgesetzt.

Jetzt bringen wir gemeinsam die Bundesregierung dazu, es auch umzusetzen.

Mach es wie Aurelia, Hauke & Miriam. Mach mit.
Für uns alle. www.duh.de/50jahre

unicef
für jedes Kind

UNICEF-ANGEBOTE FÜR SCHULEN

LAUFEN FÜR DEN FRIEDEN
www.unicef.de/laufen

INT. TAG DER KINDERRECHTE
www.unicef.de/kinderrechtetag

KINDERRECHTE IM UNTERRICHT
www.unicef.de/unterricht

KONVENTION ÜBER DIE RECHTE DES KINDES

FEHLENDE GELDER, KOMPLIZIERTE FÖRDERREGELN, UNSICHERHEIT



Foto: privat



Niedrige Honorare schrecken Lehrkräfte in der beruflichen Weiterbildung nach wie vor ab. Unternehmen und Staat müssen daher mehr in die Weiterbildung investieren.



PROF. BERND KÄPPLINGER,
UNIVERSITÄT GIESSEN

INTERVIEW: MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Berufliche Weiterbildung ist so wichtig wie nie, denn Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt radikal. Gleichzeitig suchen Weiterbildungsträger händelnd nach qualifiziertem Personal. Was sind die Ursachen? E&W-Interview mit Professor Bernd Käpplinger, Weiterbildungsexperte an der Uni Gießen.

E&W: Warum fehlen in der beruflichen Weiterbildung Dozentinnen und Dozenten?

Prof. Bernd Käpplinger: Häufige Ursache ist nicht, dass es die Leute nicht gibt. Sondern es liegt daran, dass die Honorare für die überwiegend freiberuflich Tätigen oft so niedrig sind. Erst recht, wenn man bedenkt, dass sie die Beiträge zur Sozialversicherung zu 100 Prozent aus eigener Tasche zahlen müssen. Wenn wir dann noch den ländlichen Raum betrachten, wo man lange Anfahrtswege hat, dann ist es für Weiterbildungsanbieter schwierig, Menschen zu finden, die zu den angebotenen Konditionen unterrichten wollen beziehungsweise können.

E&W: Warum sind die Honorare so niedrig?

Käpplinger: Vielen Unternehmen in Deutschland geht es nicht gut. Und die Ausgaben für innerbetriebliche

Weiterbildung gehören zu den ersten Posten, die gekürzt werden. Privatpersonen müssen die steigenden Kosten für die Lebenshaltung stemmen. Auch bei ihnen ist die Bereitschaft, für berufliche Weiterbildung Geld auszugeben, nicht gerade gewachsen. Und wir haben die öffentlichen Mittelgeber. Dort sind viele Förderprogramme eingestellt worden.

E&W: Aber der größte öffentliche Finanzier, die Bundesagentur für Arbeit (BA), will 2026 insgesamt 4,12 Milliarden Euro ausgeben, um berufliche Weiterbildung zu fördern. Ein Rekordbetrag.

Käpplinger: Diesen Etat beurteile ich mit großem Vorbehalt. In den vergangenen Jahren wurde die Finanzierung der öffentlichen beruflichen Weiterbildung von den Ländern auf die Bundesebene verlagert. Doch die Förderregeln der BA sind so kompliziert, mit so viel Prüfung verbunden, dass es mich nicht wundert, wenn nicht alle Mittel ausgeschöpft werden. Positiv zu bewerten ist, dass die Bundesregierung jetzt das Bundestariftreuegesetz verabschiedet hat. Damit gehen öffentliche Aufträge über 50.000 Euro – auch in der Weiterbildung – nicht mehr an den billigsten Anbieter. Das ist gut für die Beschäftigten.

E&W: Das „Herrenberg-Urteil“ des Bundessozialgerichts von 2022 (s. Kasten) hat die Branche enorm verunsichert. Die Weiterbildungsträger fürchten, dass Honorarkräfte künftig als scheinselfständig Beschäftigte eingestuft werden. Was zur Folge hätte, dass die Träger Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen. Inwiefern hat dies Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse?

Käpplinger: Manche Träger verlangen von ihren Honorarlehrkräften, dass diese schriftlich versichern, dass sie keine Festanstellung wünschen. Andernfalls erhalten sie keine Aufträge mehr. Ich kenne Lehrkräfte, die ihr Beschäftigungsverhältnis daraufhin beendet haben. Hinzu kommt: Viele Honorarkräfte konnten bisher einen Kopier- oder einen Aufenthaltsraum in der Einrichtung nutzen. Oder durften sich an interner Weiterbildung beteiligen. Viele dieser Möglichkeiten wurden jetzt eingestellt, damit die Beschäftigten nicht als scheinselfständig eingestuft werden können. Auch das schreckt Fachkräfte ab.

E&W: Nun gibt es ein Moratorium. Bis voraussichtlich Ende 2026 wird der Status der Beschäftigten nicht verändert. Sorgt das für Entspannung?

Käpplinger: Ohne Moratorium wäre die Lage noch katastrophaler. Der Gesetzgeber und die prüfende Deutsche Rentenversicherung müssen praktikable Entscheidungen treffen. Aktuell wissen Träger und Beschäftigte nicht, wie sich die Sache entwickelt. Die Verunsicherung ist also weiter da.

E&W: Was sagen Sie zu der Aussage: Die Probleme in der beruflichen Weiterbildung haben auch damit zu tun, dass deren Stellenwert nicht ausreichend im öffentlichen Bewusstsein verankert ist?

Käpplinger: Das würde ich mit Nachdruck unterschreiben. Wir hören viele Sonntagsreden. Aber berufliche Weiterbildung wird aus öffentlicher Sicht als Kann-Aufgabe betrachtet. Es wird zwar ein gewisser Grundstock bereitgestellt, aber man ist nicht bereit, so substanziell wie in andere Bildungsbereiche zu investieren.

E&W: Trotz alledem: Wie motivieren Sie als Hochschullehrer junge Menschen, die daran zweifeln, dass ein Arbeitsplatz in der beruflichen Weiterbildung das Richtige ist?

Käpplinger: Sehr gute Frage! Ich würde sagen: Achte auf deine Interessen. Die berufliche Weiterbildung bietet Arbeitsplätze, auf denen man sich laufend weiterentwickeln kann. Und: In der Weiterbildung arbeitet man häufig im Team, da gibt es viel Austausch. ■

„Herrenberg-Urteil“

Das Bundessozialgericht (BSG) hatte 2022 über den Fall einer Klavierlehrerin an der städtischen Musikschule Herrenberg geurteilt. Nach dieser Entscheidung genügte bereits die Eingliederung der Lehrerin in den Betrieb der Musikschule, um eindeutig feststellen zu können, dass sie nicht selbstständig ist. Die Lehrerin musste Unterrichtsausfälle melden und erhielt eine Vergütung, wenn Schülerinnen und Schüler nicht erschienen sind. Zudem unterrichtete sie nach den Vorgaben der Schule und hatte keine unternehmerische Freiheit. Das BSG betonte in seiner Urteilsbegründung, dass jeweils der Einzelfall geprüft werden müsse – formale Vertragsgestaltungen allein reichten nicht aus. Arbeitgeber müssen demnach Sozialversicherungsbeiträge zahlen, wenn die Tätigkeit als abhängige Beschäftigung eingestuft wird. red

„KOMPLETT GEDREHT“



SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Offene Stellen, wiederholte Ausschreibungen: Die Personaldecke an Hochschulen ist oft dünn. Doch angesichts der schwächelnden Wirtschaft wendet sich das Blatt: Viele Fachleute wechseln in die Wissenschaft – zumindest vorübergehend.

Fragt man ihn nach dem Arbeitsmarkt in der deutschen Wissenschaftslandschaft, hat Jörg Bagdahn einen überraschenden Befund: „Die Situation hat sich komplett gedreht“, sagt der langjährige Präsident der Hochschule Anhalt. „Bundesweit ist es deutlich schwieriger geworden, einen Job in der Wirtschaft zu finden als noch vor drei oder vier Jahren – auch in früheren Mangelbereichen wie IT und Ingenieurwissenschaften.“ Die Zahl arbeitsloser Akademikerinnen und Akademiker sei aktuell auf mehr als 3 Prozent gestiegen. Noch 2022 hatte der Sprecher der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften/Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz eine andere Lage geschildert: Offene Stellen an den Hochschulen blieben lange unbesetzt, viele mussten mehrfach ausgeschrieben werden. „Die Decke ist dünn“, so Bagdahn damals (s. E&W 12/2022-1/2023). Heute sorgen Stagnation und Rezession am Arbeitsmarkt für Gedränge: Wenn Unternehmen Einstellungen stoppen und Personal abbauen,

bewerben sich Absolventinnen und Absolventen zunehmend an Hochschulen. „Wir sehen selbst für Professuren in ingenieurtechnischen Bereichen 30 bis 40 Bewerbungen auf eine freie Stelle“, sagt Bagdahn. In starken Wirtschaftsregionen seien die Verschiebungen sogar noch stärker.

Langfristig wird der Fachkräftebedarf wieder steigen.

Der Präsident und Professor für Werkstoffe der Photovoltaik sieht in der aktuellen Marktlage allerdings nur ein vorübergehendes Phänomen. Wenn die Wirtschaft global wieder anzieht, werde sich der Markt erneut drehen und die Nachfrage nach Akademikerinnen und Akademikern wieder steigen. Denn der langfristige Rahmen des demografischen Wandels ändere sich besonders im Osten nicht – und werde wieder für einen größeren Fachkräftebedarf sorgen.

Die gegenwärtige Milderung des Mangels dürfte daher nur eine Momentaufnahme sein. Auch andere Studien zeigen: Die Hochschulen geraten bei der Personalentwicklung langfristig durchaus wieder unter Druck. Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft etwa stellte voriges Jahr fest, dass sich der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte weiter verschärfe, zumal sich Kompetenzbedarfe änderten und Gelder immer knapper würden. Laut Statistischem Bundesamt werden allein dieses Jahr 1.750 Professorinnen und Professoren 65 Jahre alt – und die Zahl der Altersabgänge steigt ab 2029 auf mehr als 2.000 pro Jahr.

Als eine der Hauptursachen des Dilemmas sieht Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung, die Unzufriedenheit der Beschäftigten. Laut Wissenschaftsbarometer des Deutschen Zentrums für

Hochschul- und Wissenschaftsforschung denke mehr als jede zweite Person über einen Ausstieg aus der Wissenschaft nach. Fast drei Viertel der befristet arbeitenden Postdocs erwägen ernsthaft einen Jobwechsel, während es bei Professuren jeder Fünfte ist. Dagegen streben nur noch 16 Prozent der Promovierten eine Professur an. „Eine wissenschaftliche Karriere ist ein langer, steiniger Weg, auf den sich viele nicht mehr einlassen“, sagt Keller.



Die Menschen in den Hochschulen sind frustriert, weil sie kaum berufliche Sicherheiten bekommen.



ANDREAS KELLER,
GEW-VORSTANDSMITGLIED HOCHSCHULE
UND FORSCHUNG

Neben der hohen Arbeitsbelastung spielten die unklaren Perspektiven durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz eine enorme Rolle. Außerdem gelte in vielen Fakultäten insbesondere der Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften eine Art Zwangsteilzeit: Die meisten Beschäftigten haben nur halbe oder Zeitdrittel-Stellen, die kaum genügen, um eine Familie zu gründen. „Die Menschen in den Hochschulen sind frustriert, weil sie kaum berufliche Sicherheiten bekommen“, so Keller. „Eine Karriere in der Wissenschaft ist nicht mehr attraktiv.“ In den umkämpften Branchen IT und Ingenieurwissenschaften seien Hochschulen im Vergleich mit Unternehmen nicht wettbewerbsfähig. Dies gelte noch mehr für das nicht wissenschaftliche Personal. In Bereichen wie Technik und Verwaltung könnten Hochschulen im Vergleich mit Unternehmen kaum konkurrieren. Die Folge: Mehr als 6.000 Stellen sind vakant. Kellers Forderung: Die Tarifverträge der Länder müssten nachgebessert und an die Bezahlung von Bund und Kommunen angepasst werden. Auch Promovierende sollten volle Stellen bekommen. „Sonst haben die Hochschulen ein echtes Problem.“ ■

Die neue Art, Autismus zu verstehen.

Die neue unabhängige Autismus-Zeitschrift. Fundiert, aktuell, auf Augenhöhe. Von und mit Autisten.

„Ich bin beeindruckt von der hohen Qualität des Magazins.“

Tony Attwood, Psychologe, Autor und internationaler Autismus-Experte.



MEHR MUT ZU TEMPO 30!



*Die beste Lösung
für einen sicheren Schulweg der Kinder
ist Tempo 30.*



**JÜRGEN RESCH,
BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER DER DEUTSCHEN UMWELTHILFE**

INTERVIEW: JÜRGEN AMENDT
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Nur 5 Prozent der Schulwege in Deutschland sind derzeit für Kinder weitestgehend gefahrlos. Ende vergangenen Jahres haben deshalb die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die GEW die Kommunen gemeinsam dazu aufgerufen, auf mehr Schulwegen Tempo 30 vorzuschreiben. Im E&W-Interview erläutert der Bundesgeschäftsführer der DUH, Jürgen Resch, was Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen tun können, um Schulwege sicherer zu machen.

E&W: Kommunen besitzen seit einer Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) im Jahr 2024 die Möglichkeit, Schulwege als Tempo-30-Strecken auszuweisen, nutzen diese aber kaum. Wie erklären Sie sich das?

Jürgen Resch: Das Haupthindernis besteht für viele Kommunen darin, dass sie nach wie vor durch ein Gutachten begründen müssen, warum sie Tempo 30 für eine bestimmte Strecke als notwendig erachten. Das ist für die Kommunen mit hohen Kosten und einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden.

E&W: Das heißt, die Kommunen müssen aufwendig nachweisen, warum sie eine Tempo-30-Regelung auch auf Straßen einführen wollen, die nicht direkt an einer Schule vorbeiführen?

Resch: Ja, und das stellt sie immer wieder vor große Probleme. Häufig liegen die Eingänge, die Schülerinnen und Schüler nutzen, nicht direkt an der Straße vor der Schule,

Fortsetzung auf Seite 27 >>>

ALT WERDEN IN DER ZWEITEN HEIMAT



ANJA DILK
freie Journalistin

In Deutschland leben 2,5 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte, die älter als 65 Jahre alt sind, bis 2032 werden es etwa 3,6 Millionen sein. Allmählich entwickeln Altenhilfe und Einrichtungen Angebote, die auch ihren Bedürfnissen gerecht werden.

Wenn Angehörige Sümeyra Öztürk um Rat fragen, geht die Stuttgarter Sozialarbeiterin mit ihnen Schritt für Schritt durch: Was brauchen Mutter oder Vater genau, welche Angebote gibt es in der Nähe, welche haben Vielfalt wirklich im Blick? Regelmäßig wenden sich Menschen mit Migrationsgeschichte, die ältere Familienmitglieder mit Demenzerkrankung versorgen müssen, an Öztürk. Viele stammen aus der Türkei. „Sie suchen Austausch mit jemandem, der ihre Lage versteht.“ Die Kultur, die „Herzenssprache der Familie“, die Einwanderungsgeschichte. Einen Menschen, dem sie nicht erklären müssen: Wieso tust du dich so schwer, deinen Vater in eine Einrichtung

>>>

>>> zu geben, warum sind deine Eltern nicht in die Türkei zurückgegangen?

Öztürk ist Enkelin Gastarbeitender. In den 1960ern hat ihr Großvater bei einem Autozulieferer in Stuttgart gearbeitet, nach seinem frühen Tod wurde ihr Vater Familienernährer, die Mutter war zuständig für die fünf Kinder. Deutsch lernen, Geld fürs Alter zurücklegen – kaum möglich. Und heute? Spezielle Angebote, die den Bedürfnissen Älterer mit Migrationsgeschichte gerecht werden, sind rar. Öztürk: „Es ist an unserer Generation, dafür einzutreten, dass sich etwas ändert.“

Deshalb arbeitet sie bei Demenz Support Stuttgart, einem Informationszentrum für Menschen mit Demenz und deren Angehörige. 2017 startete hier die bundesweite Initiative Demenz und Migration (DeMigranz). Neben mehrsprachiger Beratung und Informationen rund um Krankheit und Unterstützungsangebote gibt es zwei Online-Selbsthilfegruppen und Netzwerkarbeit, damit sich Altenhilfe, Vereine und Politik über Versorgungskonzepte austauschen. „Bei Demenz verlieren Menschen meist die Fähigkeit, später erlernte Sprachen zu sprechen“, so Öztürk. „Eingewanderte können daher oft kein Deutsch mehr, sie sind auf Angebote in der Muttersprache angewiesen.“ Zudem bleiben Demenzkranken meist vor allem Erinnerungen aus dem ersten Lebensdrittel. Menschen, Gerüche, Musik, Fernsehen, Landschaft und Städte. „Einrichtungen müssen sich darauf einstellen, sonst führt das zu großem Stress bei den Erkrankten.“

2,5 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland sind heute älter als 65 Jahre, bis 2032 werden es etwa 3,6 Millionen sein. Nach dem 9. Altenbericht (2025) stehen sie nach Jahrzehnten in oft schlecht bezahlten oder prekären Jobs materiell deutlich schlechter da als Gleichaltrige ohne Migrationsgeschichte, sie sind mehr als dreimal so oft armutsgefährdet. Daten liegen nur nach Staatsangehörigkeit vor: deutsch oder nicht. „Viele Unterschiede werden daher nicht sichtbar“, kritisiert Hürrem Tezcan-Güntekin, Professorin für Gesundheitswissenschaften an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin. „Sicher ist: Die Probleme verstärken sich im Alter. Menschen mit Migrationsgeschichte sind bei schlechterer Gesundheit und werden etwa zehn Jahre früher pflegebedürftig als Menschen ohne.“ Und sie müssen im Alter oft höhere Wohnkosten stemmen, weil sie seltener ein Eigenheim besitzen.

Sicher ist auch: Nur 4 Prozent der Zugewanderten gehen in die alte Heimat zurück. Verbreitet sei vor allem bei

türkischstämmigen Eingewanderten „Pendelmigration zwischen ihren zwei Heimaten“ (Tezcan-Güntekin), also ein Leben zwischen Deutschland und dem Herkunftsland. Denn oft lebt ein Teil der Familie in der Türkei, Kinder und Enkel wohnen in Deutschland. Zudem schätzten viele die gute, kontinuierliche medizinische Versorgung in der Bundesrepublik. „Doch wer sich längere Zeit außerhalb der Europäischen Union (EU) aufhält, bekommt dort schon nach einigen Wochen kein Pflegegeld mehr, Pflegesachleistungen schon gar nicht“, so Tezcan-Güntekin. „Es braucht dringend gesetzliche Reformen.“



Viele Familien mit Migrationsgeschichte trauen sich nicht, Unterstützung in Anspruch zu nehmen.



MARCUS WÄCHTER-RAQUET,
LANDESVEREINIGUNG FÜR GESUNDHEIT, BREMEN

Und wer ganz hierbleibt? Immerhin, seit zehn, 15 Jahren tut sich etwas. Pflegeheime wie das „Multikulturelle Seniorenzentrum Haus am Sandberg“ in Duisburg oder das „Victor-Gollancz-Haus“ in Frankfurt am Main, die auf kulturelle und sprachliche Unterschiede der Bewohnenden eingehen, sind entstanden. Bei Festen gibt es etwa nicht nur die Pop- und TV-Highlights aus den 1950er-, 1960er-Jahren in Deutschland, sondern genauso Türkischrock oder arabischen Pop; gefeiert wird nicht nur Weihnachten, sondern auch das Zuckerfest; und wo immer möglich sind einige der Mitarbeitenden mehrsprachig. „Kultursensible Altenpflege“ nennt sich der Ansatz.

Allerdings: „In Familien mit Migrationsgeschichte werden 75 bis 80 Prozent der Älteren zu Hause versorgt, auch wenn sie pflegebedürftig sind“, sagt Marcus Wächter-Raquet von der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen in Bremen. Schnell stößt das an Grenzen: Große Wohnungen, in denen man Familienmitglieder aufnehmen könnte, sind kaum noch bezahlbar; ohnehin leben Familien oft verstreut in der Republik. „Viele sind überfordert, aber trauen sich nicht, Unterstützung von ambulanten

Diensten oder Tagespflegeeinrichtungen in Anspruch zu nehmen“, so Wächter-Raquet. „In ihren Communities wird erwartet, dass sie sich selbst kümmern.“ In Einrichtungen wie dem Multi-Kulti-Pflegedienst „Pflege mit Herz“ in Hamburg können sich daher Angehörige im Beirat engagieren.

Natürlich sind Menschen mit Migrationsgeschichte keine homogene Gruppe, Geflüchtete haben andere Erfahrungen als die Arbeitsmigrantinnen und -migranten der 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahre oder die Spätaussiedelnden der 1990er. Und die Unterschiede erschöpfen sich nicht in Kultur wie Essen, Musik, Religion. Die Menschen wurden auch unterschiedlich empfangen, hatten andere Möglichkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, kommen aus unterschiedlichen Schichten und Ländern. Und vielleicht prägen

sie auch andere Merkmale, so sind etwa 7 Prozent der Geflüchteten queer. Inzwischen spricht die Sozialarbeit daher lieber von „diversitätssensibler“ statt kultursensibler Altenhilfe.

Wenn Gesundheitsexperte Wächter-Raquet Diskussionsrunden mit älteren Migrantinnen und Migranten moderiert, fällt ihm auf: „Egal welchen Hintergrund die Betroffenen haben, sie wollen nicht als Sondergruppe betrachtet werden, sondern als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft mit Bedürfnissen, die ernst genommen werden.“ Vor ein paar Jahren hat Wächter-Raquet daher Vertretende von Pflegeeinrichtungen und migrantischen Organisationen zu wechselseitigen Besuchen eingeladen: Was macht ihr, wie ist der Arbeitsalltag, was brauchen eure Leute? Wächter-Raquet: „Es war bemerkenswert, wie das die Wertschätzung füreinander verändert hat.“ ■



Foto: Alena Nelippa

TIARA BREIDENICH

GEW-Vorstandsmitglied,
verantwortlich für Senior*innenpolitik

KOMMENTAR

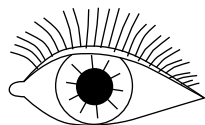
VIELFALT ALS NORM

*Migrant*innen haben das Recht auf einen guten, würdigen Ruhestand in Deutschland.*

Die Feststellung der jüngst verstorbenen CDU-Sozialpolitikerin und Frauenrechtlerin Rita Süßmuth ist gut 30 Jahre alt: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Damals mahnte sie, sich dringend auf die Versorgung älterer Migrant*innen einzustellen. Die Nachfahr*innen der Arbeiter*innen, die in den 1950er- und 1960er-Jahren in Westdeutschland angeworben wurden, leben mittlerweile in vierter Generation in der Bundesrepublik. Auch für Spätaussiedelnde und viele Geflüchtete ist Deutschland Lebensmittelpunkt geworden. In diesem gewohnten Umfeld einen guten, würdigen Ruhestand zu erleben, muss selbstverständlich sein.

Doch obwohl Deutschland nicht erst seit Ende des Zweiten Weltkriegs durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zum Einwanderungsland wurde, sondern es seit vielen Jahrhunderten war und ist, bestehen institutionelle Diskriminierungen fort. Noch immer werden Mehrsprachigkeit, religiöse und kulturelle Vielfalt sowie die Auseinandersetzung mit bestehenden gesellschaftlichen Vorurteilen und Rassismen nicht ausreichend beachtet. Für ältere Menschen mit Migrationserfahrung setzen sich diese strukturellen Mängel in Bildung und Beruf oft bis in den Ruhestand kontinuierlich fort. Auch in Einrichtungen zur Altersfür- und -vorsorge herrschen eurozentrische Normen vor. Wie wichtig es ist, die bereichernde Vielfalt des Alters und auch die Potenziale älterer Menschen zu berücksichtigen, hat die GEW in einem Beschluss auf dem Gewerkschaftstag 2025 festgehalten. ■

LUST AUF ZUKUNFT – WAS ICH NEU ENTDECKT HABE



*Detlef Mücke, 81,
Gesamtschullehrer Berlin,
seit 2010 im Ruhestand*

Es gibt so viel, das mir Freude macht. Ein jährliches Highlight ist für mich seit 1980 das bundesweite Pflingstreffen schwuler Lehrer in der Akademie Waldschlösschen bei Göttingen. Ein wunderbarer Jungbrunnen für mich. Die jungen Kollegen wertschätzen mein gewerkschaftliches Engagement für queere Bildung von der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Schwule Lehrer 1978 bis zur Errichtung des Bundesausschusses Queer der GEW. Heute ist queere Politik für alle DGB-Gewerkschaften eine wichtige Querschnittsaufgabe, um sich beispielsweise gegen einen Rollback erreichter Erfolge einzusetzen.

45 Jahre lang habe ich zudem jeden Schriftwechsel mit der Senatsbildungsverwaltung, Rechtsgutachten, Flugblätter, Gesprächsprotokolle penibel gesammelt, und dieses Archiv als Vorlass dem Schwulen Museum Berlin übergeben. Als wertvolles Zeitdokument ist er eine Quelle für die wissenschaftliche Forschung. Im Dezember 2025 habe ich dafür den Verdienstorden des Landes Berlin verliehen bekommen, eine schöne Auszeichnung meines Lebenswerkes.

Ich finde überhaupt, mit dem Alter wird man schöner. Na gut, nachdem ich fast mein ganzes Leben lang gesund war, habe ich jetzt Schwierigkeiten zu gehen, aber mein Kopf ist klar wie seit jeher. Ich möchte jetzt so viel wie möglich für meine Gesundheit tun. Und mit meinem Mann Kultur genießen. Wir lieben Städtetrips und Oper. Besonders berührend war für mich vor einiger Zeit die Aufführung von Richard Wagners „Tannhäuser“ in Schwesin, inszeniert als queerer Konflikt – es war, als hätte man unseren Kampf für schwule Rechte der vergangenen Jahre in einer Oper festgehalten.“ ■

Eingewandert und im Ruhestand – was nun?

Altenpflege vielfältig denken

Worauf kommt es bei der häuslichen Pflege älterer Menschen mit Migrationsgeschichte an, wie kann ein kultur- und diversitätssensibles Konzept für ambulante Pflegedienste und Altenhilfe aussehen? Am Beispiel Berlins ging 2025 das Deutsche Zentrum für Integration und Migrationsforschung (DeZIM) diesen Fragen in der Studie „Von kultursensibler zu diversitätssensibler Altenpflege“ nach. In einigen Städten gibt es mittlerweile interkulturelle Beratungsangebote für Menschen mit Pflegebedarf und Migrationshintergrund, etwa bei der Diakonie in München oder in Berlin.

Mit Demenz leben

Menschen mit Einwanderungsgeschichte trifft Demenz oft besonders hart. Die Kenntnisse der Zweitsprache gehen verloren, die Erinnerungen an das Leben in Deutschland verblassen. Wie finden Angehörige gute Unterbringungsmöglichkeiten, welche Einrichtungen und Altenhilfeträger haben sich darauf eingestellt? Wo gibt es muttersprachliche Mitarbeitende? Die Demenz Support Stuttgart, Zentrum für Informationstransfer, hat auf ihrer Website eine Fülle mehrsprachiger **Materialien zusammengestellt, von türkisch bis arabisch. Ihr Magazin „dass_orientiert“ gibt einen Überblick über den internationalen Umgang mit Demenz und Migration, von Skandinavien bis Australien.** Auf einer digitalen Deutschland-Karte hat die Alzheimer-Gesellschaft eine Übersicht über bundesweite Angebote zum Thema Demenz und Migration zusammengestellt – von Selbsthilfegruppen, über Tagespflege und Migrantenorganisationen bis zu stationären Einrichtungen.

Links und weiterführende Infos: kurz.gew.app/ew-4-26

Impressum Dialog

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main, Tel. 069 78973-0
Vorsitzende: Maike Finnern
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteur*in: Tiam Breidenich, Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

>>> Fortsetzung von Seite 22

sondern um die Ecke. Zudem führen viele Schulwege an stark befahrenen Straßen entlang, die formal nicht als Schulwege gelten. Oft sind es auch nicht die Verwaltungen, die den Ausbau der Tempo-30-Zonen bremsen, sondern es ist die Politik, die bereits ausgewiesene Tempo-30-Strecken oder -Zonen wieder streicht. So geschehen in München. Dort hat der bei der Stichwahl Ende März unterlegene Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) während des Wahlkampfs eine Tempo-30-Zone wieder aufgehoben.

E&W: Was tut die DUH dagegen?

Resch: Wir unterstützen zum Beispiel Musterklagen, um auf dem Gerichtsweg Tempo 30 durchzusetzen. Und wir haben ein Rechtsgutachten erarbeiten lassen, das wir im Moment intensiv mit mehreren Stadtverwaltungen diskutieren. Zudem haben wir die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, bei ihrer jeweiligen Kommune Anträge zur Einrichtung von Tempo-30-Strecken oder -Zonen zu stellen. Die DUH organisiert Schulungsveranstaltungen, die erfreulicherweise sehr, sehr rege besucht werden – auch von Stadtverwaltungen übrigens. Die Verwaltungen sollten unserer Ansicht nach die Möglichkeiten ausreizen, die ihnen die StVO-Novelle von 2024 bietet. Sie müssen den Mut haben, im Zweifelsfall eine Klage zu provozieren, um dann vor Gericht über eine weitergehende Auslegung der StVO entscheiden zu lassen.

E&W: Die StVO ist nach wie vor auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Das Ziel ist, das rasche Vorwärtkommen in erster Linie von Personen- und Lastkraftwagen (Pkw, Lkw) zu ermöglichen. Ist diesbezüglich ein Paradigmenwechsel notwendig?

Resch: Unbedingt! Viele Verwaltungsbeamte entwickeln regelrecht ein körperliches Unwohlsein, wenn sie über langsamere Geschwindigkeiten des motorisierten Verkehrs in der Stadt überhaupt nur nachdenken müssen. Wir sollten uns in Deutschland ein Beispiel an anderen europäischen Ländern nehmen. In Frankreich und Spanien gilt in immer mehr Städten grundsätzlich Tempo 30, zumindest in Wohngebieten; Ausnahmen gibt es lediglich für Hauptstraßen. Und in Finnland hat Helsinki durch eine weitgehende Einführung von Tempo 30, besonders in Wohngebieten, vor Schulen und im Stadtzentrum, die Verkehrssicherheit massiv erhöht; dort wurde seit Juli 2024 kein Mensch mehr im Straßenverkehr getötet.

E&W: Bürgerinnen und Bürger können über ein Online-Tool der DUH Tempo 30 an Schulwegen in ihrer Kommu-

ne beantragen. DUH und GEW haben in ihrem gemeinsamen Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger appelliert, diese Möglichkeit rege zu nutzen. Wie ist die Resonanz auf diesen Aufruf?

Resch: Sehr gut. Bürgerinnen und Bürger können mit Hilfe des Tools mit wenigen Minuten Aufwand rechtlich verbindliche Anträge stellen, mit denen sich ihre Kommune beschäftigen muss. Die Kommune darf einen solchen Antrag nicht ignorieren, in den Stadt- und Gemeinderäten muss über die Anträge beraten werden. Damit wollen wir erreichen, dass sich Verwaltungen und Politik stärker mit dem Thema Verkehrssicherheit für Kinder beschäftigen.

E&W: Zu sicheren Schulwegen gehört auch Verkehrserziehung. Diese findet hierzulande in der Grundschule bis zur 4. Klasse statt. Wenn ich an meine Schulzeit zurückdenke, dann erinnere ich mich an das Gefühl, dass ich als Kind der Störfaktor im Straßenverkehr bin. Stimmt mein Eindruck, dass sich diesbezüglich in der Verkehrserziehung in den vergangenen Jahrzehnten nicht allzu viel geändert hat?

Resch: Leider ja. Alles, was es an Verbesserungen in der Verkehrserziehung in der Schule geben kann, sollte umgesetzt werden. Ich tue mich trotzdem schwer, das als Lösung des Problems zu sehen. Selbst die beste Verkehrserziehung kommt dort an ein Ende, wenn ein Kind stürzt, weil beispielsweise ein Fahrradweg auf der Straße endet oder einen Kreisverkehr kreuzt. Das sind die Orte, an denen es viele Opfer gibt. Selbst eine Verkehrserziehung, die einen Perspektivenwechsel vermittelt, kann die Gesetze der Physik nicht aushebeln. Reaktionszeit und Bremsweg sind bei Tempo 50 deutlich länger als bei Tempo 30. Die Aufprallenergie bei Tempo 50 ist fast dreimal so hoch wie bei Tempo 30. Das Risiko für Fußgänger, bei einer Kollision mit einem Kfz getötet zu werden, ist bei Tempo 50 fünfmal höher als bei Tempo 30. Die beste Lösung für einen sicheren Schulweg der Kinder ist also die Einführung von Tempo 30 auf allen Wegen, die als Schulweg genutzt werden. Noch besser wäre es, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Orten vorzuschreiben. Das würde den Aufwand für die Kommunen reduzieren und zudem die Sicherheit auch auf den Wegen zum Sportverein oder Musikunterricht am Nachmittag erhöhen. ■

Online-Tool der DUH zur Beantragung von Tempo 30 an Schulwegen: kurz.gew.app/ew-4-26

„DAS GEMÜSE IST GEIL“



KATJA HANKE
freie Journalistin

Ab dem 1. August 2026 haben Kinder einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in der Grundschule. Der schrittweise Ausbau des Ganztags wird das Schulsystem grundlegend verändern. E&W stellt in einer Serie die Chancen, aber auch Herausforderungen dieses Prozesses dar, ordnet ein und bewertet. Teil neun macht deutlich, dass ein guter Ganzttag nur gelingen kann, wenn die Verpflegung mit einem guten Mittagessen gewährleistet ist. Wie das gehen kann, zeigt die Stadt Göttingen. Hier liegt die Essensverpflegung der Schulen in städtischer Hand.

Möhren, Brokkoli, Erbsen, Mais – es gibt nichts, was man Kindern nicht anbieten kann“, sagt Küchenchef Tino Werner. „Brokkoli ist zum Beispiel sehr beliebt.“ Werner, ein freundlicher, enthusiastischer Mann, sagt dies so, als wäre es die normalste Sache der Welt. Er leitet eine Großküche der Küchenbetriebe der Stadt Göttingen. Brokkoli bei Kindern beliebt? „Wir haben den Riesenvorteil, dass unser Speiseplan zentral geplant wird“, sagt er.

„Wir können die Kinder von klein auf an die Gerichte heranzuführen. Wenn sie von der Kita in die Grundschule kommen, kennen sie die Geschmacksrichtungen schon.“ Die Küchenbetriebe kochen für alle städtischen Kitas und Schulen einheitlich. Das ist ein zentraler Punkt ihres Verpflegungskonzeptes. Die Stadt hat es vor fast 20 Jahren gemeinsam mit Schulen, Kitas, Verwaltung, Politik sowie Fachleuten aus der Ernährungswissenschaft entwickelt. Seitdem zählt Göttingen zu den Vorreitern in der Schulverpflegung. Grundlage sind dabei die Empfehlungen

TINO WERNER LEITET EINE DER DREI PRODUKTIONSKÜCHEN DER KÜCHENBETRIEBE DER STADT GÖTTINGEN. ZUSTÄNDIG IST ER AUCH FÜR DIE GEORG-CHRISTOPH-LICHTENBERG-GESAMTSCHULE VON SCHULLEITERIN TANJA LASPE.

Foto: Jörg Scheibe



der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Das Essen ist überwiegend vegetarisch – einmal pro Woche Fisch, einmal Fleisch – und setzt auf saisonale sowie regionale Erzeugnisse, wenn möglich in Bioqualität. Hinzu kommt: Da die Küchenbetriebe die Ressourcen bewusst einsetzen, wirtschaften sie auch nachhaltig.

Genau geplante Abläufe, kurze Lieferwege

Drei Produktionsküchen versorgen die städtischen Kitas und Schulen – Werners Küche an der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule ist eine davon. Neben bis zu 600 Mahlzeiten für die Schule liefert sie täglich bis zu 1.900 weitere Portionen an fünf Grundschulen, acht Gymnasien und zwei andere weiterführende Schulen. „Mit die größte Herausforderung ist dabei die Drei-Stunden-Grenze“, sagt Werner, während er die Abläufe in

der Küche erklärt. Vom Abfüllen bis zum Verzehr dürfen nicht mehr als drei Stunden vergehen. „Sonst würde die Qualität leiden.“ Das funktioniert nur, weil die Abläufe genau geplant und die Lieferwege kurz sind.

„Unsere Schulverpflegung ist eingebettet in ein Gesamtkonzept“, sagt Tanja Laspe, die die Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule seit acht Jahren leitet. Gesunde Ernährung ist hier auch Unterrichtsthema. Im Schulgarten bauen die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel Gemüse an, ernten es und kochen gemeinsam. In der 8. Klasse organisieren sie im Fach Hauswirtschaftslehre sogar ein Drei-Gänge-Menü für Eltern und Großeltern. „Dann kochen sie für 60 bis 80 Leute.“ In der 5., 6. und 7. Klasse nähmen alle Kinder verpflichtend am Mittagessen teil – eine Besonderheit der Schule, so Laspe. „Ich stelle mehr und mehr fest, dass ein gesundes Mittagessen auch zur Bildungsgerechtigkeit dazugehört“, sagt sie. „Es ist für Kinder aus einkommensschwachen >>>

>>> Familien ganz wichtig.“ Für manche sei es das einzige warme Essen des Tages. Ab der 8. Klasse entscheiden die Jugendlichen selbst. Das habe nicht nur Lebensmittelverschwendung reduziert, sondern auch die Akzeptanz des Schulessens erhöht. „Denn was man freiwillig tut, macht man lieber“, so Laspe.

Caterer kalkulieren für ein gesundes Essen an einer Grundschule mit fünf bis sieben Euro pro Mahlzeit.

Schulessen hat generell keinen guten Ruf. Die Küchenbetriebe der Stadt Göttingen gehen dagegen an und kochen

frisch. Das bedeutet: Sie verwenden hochverarbeitete Lebensmittel nur sehr sparsam und machen so viel wie möglich selbst. Werner: „Wir machen alle Soßen und Dressings selbst und auch andere Komponenten, etwa unsere Gemüsebratlinge.“

Schon jetzt besuchen in Göttingen rund drei Viertel aller Grundschulkindern den Ganzttag und nehmen an der Schulverpflegung teil. Ein Mittagessen kostet in der jährlichen Anmeldung momentan 4,34 Euro in der Grundschule, in der weiterführenden 4,47 Euro – frisch gekocht, regional, teilweise bio. Und die Mitarbeitenden werden nach Tarif bezahlt. Wie geht das? „Nachdenken, bevor man loslegt“, sagt Küchenchef Werner. Alle

AN DER GEORG-CHRISTOPH-LICHTENBERG-GESAMTSCHULE IN GÖTTINGEN PROFITIEREN VOR ALLEM KINDER AUS EINKOMMENSCHWACHEN FAMILIEN VOM GEMEINSAMEN MITTAGESSEN.



Prozesse sind akribisch geplant und durchdacht: eine gute Kombination teurer und günstigerer Mahlzeiten, feste Rezepte, genau berechnete Portionsgrößen je nach Alter, ein gestaffeltes Ausgabesystem, das verhindert, dass zu viel gekocht wird. „Wir versuchen immer, noch weniger Überhänge zu haben“, sagt Werner. Das Wort „Reste“ mag er nicht, denn es werde seinen Lebensmitteln nicht gerecht.

Um 11.30 Uhr beginnt die Essensausgabe – zuerst kommen die 5. Klassen, dann im Halbstundentakt die 6. und 7., ab 13 Uhr alle ab der 8. Klasse. An diesem Tag gibt es Fischfilet mit Kartoffelbrei und Möhrengemüse oder Kartoffelauflauf. In weiterführenden Schulen stehen dazu täglich ein Salat- und ein Nudelbuffet bereit. Besonders viele Kinder drängen ans Nudelbuffet und holen sich Nudeln mit Tomatensoße. Werner kennt Tricks, um auch dieses Gericht etwas gesünder zu machen: Unter die weißen Nudeln schummelt er ein Drittel Vollkornnudeln, und in die Tomatensoße sind Kichererbsen eingearbeitet. „Um die Geschmacksknospen auch an etwas Hülsenfruchtartiges zu gewöhnen“, sagt er, während er das Treiben etwas abseits beobachtet. „Je älter die Schülerinnen und Schüler werden, desto weniger Nudeln essen sie“, sagt er gelassen. Auch das Salatbuffet läuft gut: Nach zehn Minuten muss der Gurkensalat nachgefüllt werden.

Sondermahlzeiten für Kinder und Jugendliche mit Lebensmittelunverträglichkeiten bieten die Küchenbetriebe nicht an. „Das dürfen wir nicht“, sagt Werner, „weil wir die rechtlichen Bedingungen wie eine separate Küche oder Lagermöglichkeiten nicht erfüllen.“ Alle Allergene sind auf dem Speiseplan gekennzeichnet. Bei schweren Unverträglichkeiten oder Erkrankungen wie Zöliakie bringen die Kinder ihr Essen von zu Hause mit, es wird in der Mikrowelle aufgewärmt.

Die Preise des Schulessens in Göttingen liegen etwas unter dem **Bundesdurchschnitt**. Fünf bis sieben Euro veranschlagen Caterer, um ein gesundes Mittagessen für die Grundschule herstellen zu können, sagt Ralf Blauert, erster Vorsitzender des Verbandes deutscher Schul- und Kitacaterer e.V. In den ostdeutschen Bundesländern sei es etwas günstiger. Blauert wünscht sich mehr Zuschüsse öffentlicher Stellen für das Schulessen. „Die Schmerzgrenze ist bei den Eltern längst überschritten“, sagt er und wundert sich, dass „über Zuschüsse für E-Autos geredet“ werde, „aber nicht fürs Schulessen“. Zum nahenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung sagt er: „Wir wissen von einigen Caterern, insbesondere

in westlichen Bundesländern, dass Schulträger in Verzug sind und sich mit Provisorien in Containern oder Kellern behelfen.“ Zudem sei es für Caterer kaum wirtschaftlich, wenn eine Grundschule mit 25 oder 50 Kindern der 1. Klasse neu anfrage.

Frisch zu kochen, lohnt sich nur für große Schulzentren.

Thorsten Kretzschmar plant Küchentechnik für Kitas und Schulen – und seine Auftragsbücher sind voll. „Wir haben wesentlich mehr Schulaufträge als noch vor zehn Jahren“, sagt er. Es sei alles dabei: Sanierung, Umbau, Neubau. Bei der Planung neuer Küchen zählen viele Faktoren: Wird frisch gekocht oder angeliefertes Essen nur aufgewärmt? Wie oft liefert der Caterer, wie groß müssen die Kühlräume sein? „Frisch zu kochen, lohnt sich nur für große Schulzentren mit mehr als 1.000 Essenden“, sagt Kretzschmar, „sonst ist es nicht wirtschaftlich.“ Auch die Zahl der Menschen, die in einer bestimmten Zeit versorgt werden müssen, sei entscheidend – sie bestimme etwa die Größe der Speiseausgabe. Die vielen Aufträge hingen deutlich mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zusammen, so Kretzschmar. „Viele, die den Umbau bis Mitte 2026 nicht schaffen, errichten jetzt Übergangslösungen in Containern oder Sporthallen, um die Verpflegung sicherzustellen.“ Auch diese plane er.

In der Mensa der Gesamtschule in Göttingen sind mittlerweile die 7. Klassen dran. Mehr Schülerinnen und Schüler als vorher greifen jetzt zum Fischfilet oder Kartoffelauflauf, dazu ein Schälchen mit Blattsalat, Gurken, Tomaten oder Paprika. Der geriebene Käse an der Salatbar ist der eigentliche Renner und muss ständig nachgefüllt werden. „Hey Jungs, es gibt Käse“, ruft ein Junge, „wir können Nudeln mit Käse essen“ – und schaufelt sich den Teller voll.

Schulbegleiter Zafer Polat isst jeden Tag hier. „Das Essen ist abwechslungsreich und das Preis-Leistungs-Verhältnis sehr gut.“ Er schätzt, dass es Nachschlag und immer Salat gibt. „Für eine Großküche super.“ Tatsächlich überrascht das Gericht: Der Kartoffelbrei schmeckt fast wie selbst gemacht, das Fischfilet hat Biss, die Möhren sind knackig. Denn das Gemüse wird nicht gekocht, sondern in großen Apparaten gegart. So schmeckt es besonders gut. Das findet auch ein Teenager am Nebentisch. Er sagt zu seinen Freunden: „Der Kartoffelauflauf ist nicht so toll, aber das Gemüse ist geil.“ ■



ZWEI TAGE DISKUTIERTEN ANFANG MÄRZ RUND 600 FACHLEUTE AN DER UNIVERSITÄT HILDESHEIM ÜBER GEGENWART UND ZUKUNFT DER SCHULSOZIALARBEIT.

Foto: Frederike Preuschhof

HALT IN SCHWIERIGEN ZEITEN

ANNE-KATRIN WEHRMANN
freie Journalistin

Wenn Krisen und gesellschaftliche Spannungen zunehmen, wächst auch der Unterstützungsbedarf junger Menschen an Schulen. Beim Bundeskongress Schulsozialarbeit in Hildesheim wurde deutlich, welche zentrale Rolle diese Profession dabei spielt – und wie sehr sie zugleich unter Druck steht.

Professionell, nachhaltig, zukunftsorientiert: So lautete das Motto der zweitägigen Veranstaltung, zu der im März rund 600 Fachleute aus Schulsozialarbeit,

Forschung und Verbänden an die Uni Hildesheim gekommen waren. Eingeladen hatte der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit, den die GEW vor 25 Jahren mitgegründet hatte. Der Austausch und die Diskussionen zeigten, dass die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter längst zu zentralen Ansprechpartnern für junge Menschen und ihre Familien geworden sind – dass sie dabei allerdings mit vielfältigen Herausforderungen zu kämpfen haben. Steigende Anforderungen, Fachkräftemangel, unsichere Finanzierungsstrukturen und fehlende Standards sind nur einige von mehreren Beispielen dafür. Für einen fulminanten Start inklusive Standing Ovationen sorgte Lilli Berthold, stellvertretende Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz, mit ihren Begrüßungsworten. Schulsozialarbeit sei dann am besten, wenn Praxis, Wissenschaft und die Perspektive der Schülerinnen und Schüler zusammenkämen. Berthold verwies darauf, dass laut Deutschem Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung ein Fünftel aller Schülerinnen und Schüler unter

psychischen Belastungen leidet. Schulsozialarbeit sei das Netz, wenn junge Menschen zu fallen drohten. An die Fachkräfte im Publikum gewandt sagte die 18-jährige Gymnasiastin: „Sie sind für viele die erste Tür, an die man klopft, wenn etwas ist. Weil das Angebot niedrigschwellig ist – und weil man als Mensch gesehen wird, nicht als Note oder als Problemfall.“

Auch Professor Wolfgang Schröer von der Universität Hildesheim plädierte in seiner Keynote mit dem Titel „Ermöglichung von Kindheit und Jugend im Kontext von Schule“ dafür, die Position der jungen Menschen zu stärken und diese in ihrer Handlungsfähigkeit zu unterstützen. Jugend stelle die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit, betonte er. Aktuell sei die Erwartungshaltung an junge Menschen die, dass sie immer früher immer mehr können und schaffen sollten. „Die erste Chance, die ein Mensch durch seine Geburt erhält, ergibt wenig Sinn, wenn es nicht auch eine zweite und eine dritte Chance gibt“, erläuterte Schröer. „Es lässt sich auch mit 25 Jahren noch viel erreichen, wenn wir entsprechende Angebote machen. Und das müssen wir auch tun.“

Vier zentrale Themenfelder

In Vorträgen, Foren und Workshops beschäftigten sich die Kongressteilnehmenden mit vier zentralen Themenfeldern: Armut und soziale Gerechtigkeit, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Digitalisierung und Digitalität sowie Professionalität in der Schulsozialarbeit. So beleuchtete der Workshop „Soziale Ungleichheit aufbrechen“ den Beitrag der Schulsozialarbeit im Kontext von Klassismus und Armut. Neue Auswertungen der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) hatten erst wenige Tage zuvor belegt, dass Kinder aus nicht privilegierten Haushalten bei gleicher Leistung noch immer deutlich seltener eine Gymnasialempfehlung erhielten als Kinder aus Familien mit höherem sozio-ökonomischem Status.

Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit arbeitet aktuell an einer Publikation zum Thema des Workshops und präsentierte vorab die zentralen Thesen. Unter anderem die, dass die habitussensible Haltung eine zentrale Grundlage professioneller Schulsozialarbeit bilde. Dabei müsse die kontinuierliche Selbstreflexion der eigenen sozialen Herkunft, Klassenposition und habituellen Deutungsmuster integraler Bestandteil sein. Darauf aufbauend übernehme klassismuskritische Schul-

sozialarbeit Verantwortung dafür, schulische Macht- und Ungleichheitsverhältnisse zu reflektieren und sichtbar zu machen, um Bildungschancen gerechter zu gestalten. Die anschließende Diskussion zeigte eine grundsätzliche Zustimmung zu den vorgestellten Thesen – machte aber auch deutlich, dass es eine Stärkung der Schulsozialarbeit auf struktureller Ebene sowie verbindliche Zeiten für Reflexion brauche.

Vier von zehn Fachkräften denken über einen Ausstieg aus der Schulsozialarbeit nach.

Insgesamt ist die Schulsozialarbeit von großen Belastungen geprägt: Das belegen die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Schulsozialarbeit im bundesweiten Vergleich“ (s. E&W 2/2026), die die beiden Wissenschaftler Sebastian Rahn und Lars Bieringer von der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes in ihrem komplett ausgebuchten Workshop vorstellten. Ihre bundesweite Online-Befragung hatte voriges Jahr ergeben, dass emotionaler Stress, der Status als Einzelkämpfende sowie mangelnde Wertschätzung bei gut vier von zehn Fachkräften dazu führten, dass sie über ein Verlassen ihres Arbeitsfeldes nachdenken. „Das ist ein deutliches Signal, die Schulsozialarbeit dauerhaft zu stärken“, sagte Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit. Sie kommentierte die Studie im Rahmen des Workshops. „Die Schulsozialarbeit steht unter gewaltigem Druck. Es ist ein großartiger Erfolg der Forschenden, dass uns zum ersten Mal bundesweit vergleichbare Daten vorliegen. Diese unterstreichen den dringlichen Bedarf, dass Politik handeln muss, um die Bedingungen für die Fachkräfte und damit für Schülerinnen und Schüler deutlich zu verbessern.“



Schulsozialarbeit muss als professionelles, nachhaltiges und zukunftsorientiertes Angebot für alle jungen Menschen entsprechend abgesichert werden!



„HILDESHEIMER ERKLÄRUNG“



>>> Im Workshop „Doing Schulsozialarbeit“ ging es darum, das konkrete Tun in der Praxis anhand von Fallbeispielen systematisch zu hinterfragen – und so zu erfahren, dass sich oft erst aus der Beobachtung und Reflexion konkreter Situationen Fachlichkeit bestimmen und Professionalität weiterentwickeln lässt. In dem Workshop „Ich bin verborgen – nehmt mich wahr!“ wurde eine Gruppe Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen, die häufig keine Rolle spielt: die „Young Carer“, die zu Hause regelmäßig Pflege- und Unterstützungsaufgaben für Angehörige übernehmen. Obwohl laut Schätzungen 6 Prozent aller Kinder und Jugendlichen „Young Carer“ sind, wird deren Situation in Schule und Schulsozialarbeit häufig nicht erkannt. Sozialarbeiterin Lea Dreissen von der Initiative „In Zwei Welten“ berichtete aus eigener Erfahrung sehr eindrücklich, was es für sie in jungen Jahren bedeutet habe, mit einem mehrfach behinderten Bruder zusammenzuleben und sich um diesen zu kümmern. „Man braucht sehr viel körperliche und mentale Kraft, um das durchzuhalten“, betonte sie.

Nützlichen Input, konstruktiven Austausch und intensive Diskussionen boten auch die weiteren Vorträge und Workshops des Bundeskongresses. Am Ende der zweitägigen Veranstaltung verabschiedeten die Teilnehmenden die „Hildesheimer Erklärung“. Deren Kernforderung lautet: „Schulsozialarbeit muss als professionelles, nachhaltiges und zukunftsorientiertes Angebot für alle jungen Menschen entsprechend abgesichert werden!“

Um das zu erreichen, brauche es verlässliche Kooperations- und Finanzierungsstrukturen von Bund, Ländern und Kommunen. Aus fachlicher Sicht sei für jeweils 150 junge Menschen eine Vollzeitstelle Schulsozialarbeit notwendig, heißt es in der Erklärung. Und: „Wir fordern mindestens eine unbefristete Vollzeitstelle pro Schule.“ ■

Die „Hildesheimer Erklärung“ kann online unterzeichnet werden. Infos dazu und zur Studie „Schulsozialarbeit im bundesweiten Vergleich“: kurz.gew.app/ew-4-26

DER AUSTAUSCH UND DIE DISKUSSIONEN WÄHREND DES BUNDESKONGRESSES ZEIGTEN, DASS DIE SCHULSOZIALARBEITERINNEN UND -ARBEITER LÄNGST ZU ZENTRALEN ANSPRECHPARTNERN FÜR JUNGE MENSCHEN UND IHRE FAMILIEN GEWORDEN SIND.



Foto: Frédérique Preuschhof



STOLPERSTEINE ERINNERN IN DER ALTSTADT VON BAD LAASPHE AN DIE DEPORTIERTEN UND ERMORDETEN JÜDISCHEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER DER STADT.

Foto: Christoph Ruf

LERNORTE DER ERINNERUNG

CHRISTOPH RUF
freier Journalist

Im westfälischen Bad Laasphe entsteht in der ehemaligen Synagoge ein Lern- und Gedenkort. Hier wurde das Projekt „Gelber Stern“ entwickelt, das Viertklässlern die NS-Geschichte vermitteln soll und an dem sich alle Grundschulen der Region beteiligen. Mitte April geht das Projekt an den Start.*

Von weitem sieht das Haus in der Mauerstraße 44 wie eines von vielen Fachwerkhäusern in der hübschen Altstadt von Bad Laasphe aus. Doch das Gebäude war als Synagoge von 1764 bis 1938 die religiöse Heimstatt der jüdischen Gemeinde, ehe in der Reichspogromnacht eine enthemmte Menschenmenge wütete. „In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde die komplette Inneneinrichtung zerstört“, berichtet Jochen Henn. „Anschließend wurde das komplette Mobiliar zusammen mit den Thorarollen vor dem Gebäude verbrannt.“ Henn ist der Vorsitzende des Bad Laaspher Freundeskreises für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die das Gebäude 2019 gekauft hat. Seitdem wird die ehemalige



>>> Synagoge Stück für Stück zum Ort des Lernens und Gedenkens umgebaut. Auch aus aktuellem Anlass: Die neonazistische Kaderpartei „Dritter Weg“ hat im 35 Kilometer entfernten Hilchenbach eine Immobilie gekauft, die sie zur „Deutschlandzentrale“ ausbauen will. Doch weder das noch die jüngsten Wahlergebnisse hätte es gebraucht, damit Henn seine Grundüberzeugung zitiert: „Wenn wir uns nicht mit der Geschichte beschäftigen, sind wir verdammt, sie wieder zu erleben.“



*Die Kinder sind die Hauptakteure.
Sie erarbeiten sich die Inhalte in einem
offenen Diskurs selbst.*



RÜDIGER HARTH,
INITIATOR DES PROJEKTS „GELBER STERN“

Auch für Rüdiger Harth war die Vergangenheit der entscheidende Antrieb, das Projekt „Gelber Stern“ zu entwickeln. Als der ehemalige Lehrer als junger Mann Yad Vashem besuchte und die unzähligen Lichter sah, die die 1,5 Millionen ermordeten Kinder und Jugendlichen symbolisieren, wusste er, dass er das Bild nie mehr aus dem Kopf bekommen würde. Er schwor sich damals, mitzuhelfen, dass die Erinnerung an die Verbrechen in der NS-Zeit wachgehalten werden. Es war der Grundimpuls hinter dem Projekt. Bei Henn und dem Freundeskreis fand er sofort Unterstützer. Umbau und Sanierung der Synagoge zu einem Gedenk- und Lernort machen diese zu einem geeigneten Projekt für den „Gelben Stern“, der sich an Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen richtet.

Die ersten beiden Schulen waren bereits da, der große Rest steigt nach den Osterferien in das Projekt ein. Dass sich alle elf Grundschulen aus der Region – aus Erndtebrück, Bad Laasphe, Bad Berleburg und Hilchenbach – beteiligen, ist beachtlich. Man ahnt, welchen organisatorischen Aufwand Harth betrieben hat, um Schulen und Behörden von dem Projekt zu überzeugen. Doch der Pädagoge gibt die Komplimente lieber an die Lehrkräfte vor Ort weiter: „Ich bin sehr beeindruckt von dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer. Schließlich

gibt es für den ‚Gelben Stern‘ keine Freistellung von den Schulämtern, die Kolleginnen und Kollegen leisten alle freiwillig Mehrarbeit.“

**Um Empathie zu erzeugen,
werden Bezüge zur Gegenwart hergestellt.**

Wenn sie zur Synagoge gelangen, haben die Schülerinnen und Schüler bereits den Weg vom Busparkplatz durch



die hübsche Altstadt der 13.000-Einwohner-Gemeinde zurückgelegt. In der Hand halten sie dabei eine Stadtkarte, auf der sie alle jüdischen Gebäude eintragen, die zerstört wurden, nachdem eine 300-köpfige Menschenmenge im Anschluss an eine NSDAP-Veranstaltung mit Hämmern und Äxten loszog, um jüdische Wohnhäuser, Geschäfte und die Synagoge in Schutt und Asche zu legen. Zu dieser gelangen sie am Ende des „Pogromwegs“. „Die Kinder sind die Hauptakteure“, sagt Harth.

„Sie erarbeiten sich die Inhalte in einem offenen Diskurs selbst.“

Das geschieht natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern mit einer Mappe, die die Arbeitsmaterialien enthält, die Harth zusammengestellt hat. Darunter Auszüge aus fünf Büchern und die Fotoboxen mit rund 130 historischen Fotos aus der NS-Zeit in Bad Laasphe. Nachdem sie an der Synagoge einen Erinnerungsstein verlegt haben, besuchen die Kinder eine kleine Ausstellung. Thema sind die Kindertransporte der Jahre 1939 bis 1942. Mehr als 10.000 jüdische Kinder, darunter auch einige aus der Region, wurden damals nach England gebracht.

„Die Kinder überlegen sich, welche Gegenstände sie wohl heute in einem kleinen Koffer mitnehmen würden, wenn sie von einem Tag auf den anderen ihre Heimat verlassen müssten“, berichtet Harth. „So wie es bei den jüdischen Kindern während der NS-Zeit war.“ Um die damalige Situation nachvollzieh- und begreifbar zu machen, werden beim „Gelben Stern“ Bezüge zur Gegenwart hergestellt.

Wie in dem Kinderbuch

„Anne Frank und der Baum“, das durch eine Filmvorführung („Wo ist Anne Frank?“ von Ari Folman) unterfüttert wird. Oder in der Geschichte „Zuhause kann überall sein“, in der ein Mädchen aus einem Kriegsgebiet in ein fremdes Land fliehen muss. Der Transfer vom Buch zur Gegenwart liege auf der Hand, findet Harth, der sich freut, wenn die Kinder vermeintliche Tabus brechen. „Wenn ein Kind im Gespräch über den Holocaust sagt: ‚Mein Papa hat gesagt, das sei alles Quatsch‘, ist das ja sogar eine Steilvorlage“, betont Harth, der dann die einfache Gegenfrage stellt: „Und was antworten wir als Forscher darauf?“ Nachdem sich die Kinder mit dem Material beschäftigt haben, können sie sich selbst die Argumente zurechtlegen, um den Vater eines Besseren zu belehren.

Das Projekt lässt sich mit wenig Vorarbeit auch an anderen Standorten umsetzen.

Neben Bad Laasphe wird künftig auch das Aktive Museum Südwestfalen in Siegen das Projekt mit Schülerinnen und Schülern umsetzen. Das Museum residiert in den Räumlichkeiten eines ehemaligen Luftschutzbunkers, der auf dem Fundament der 1938 niedergebrannten Synagoge errichtet wurde. „Der ‚Gelbe Stern‘ lässt sich mit wenig Vorarbeit auch in jeder anderen Stadt gestalten“, sagt Harth. Es müssten dazu nur die historischen Aufnahmen von Bad Laasphe durch solche der jeweiligen Gemeinde ersetzt werden. Harths Hoffnung, dass das Projekt bald an weiteren Standorten in Nordrhein-Westfalen anläuft, scheint begründet. Erste Gespräche mit der Landesregierung verliefen vielversprechend, eine Minijobstelle ist bereits bewilligt. „Es war von Anfang an die Idee, ein Projekt zu gestalten, das nicht ortsgebunden ist.“ Dass sich der „Gelbe Stern“ an eine Altersgruppe wendet, die meist wenig oder nichts über die NS-Zeit weiß, sei dabei kein Manko, sondern eine große Chance. Kinder in der 4. Klasse seien mitten in der Entwicklungsphase, in der von einer egozentrischen Perspektive auf eine empathiegeleitete „umgeschaltet“ werde. „Insofern ist das ein ideales Alter, um die NS-Zeit altersgemäß zu vermitteln“, sagt er. „Der Erkenntnisgewinn muss anhand konkreter Beispiele erfolgen.“ ■

*Der „Judenstern“ (umgangssprachlich auch „Gelber Stern“) war ein vom nationalsozialistischen Regime am 19. September 1941 durch Polizeiverordnung für das Gebiet des Deutschen Reichs und des Protektorats Böhmen und Mähren eingeführtes öffentliches Zwangskennzeichen für Menschen, die nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 als Juden galten.



RÜDIGER HARTH (RE.) INITIIERTE DAS PROJEKT „GELBER STERN“. UNTERSTÜTZT WURDE ER VOM VORSITZENDEN DES BAD LAASPHER FREUNDKREISES FÜR CHRISTLICH-JÜDISCHE ZUSAMMENARBEIT, JOCHEN HENN (LI.).

Foto: Christoph Ruf

EIN STARKES TEAM

JOACHIM F. TORNAU
freier Journalist

Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist zusammen mit dem Shoah-Überlebenden Leon Weintraub mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet worden. Die Dankesreden waren eindringlich.

Minutenlang standen Leon Weintraub und Sanem Kleff einfach nur nebeneinander auf der Bühne und lauschten dem Applaus. Der 100 Jahre alte Shoah-Überlebende mit aufrechter Würde, sichtlich ergriffen die langjährige Direktorin des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Für die beiden hatten sich die Menschen bei der Verleihung des Göttinger Friedenspreises 2026 im voll besetzten Deutschen Theater in Göttingen von ihren Plätzen erhoben und wollten nicht mehr aufhören zu klatschen. Dann ging der Mann, der mit seiner Lebensgeschichte seit Jahrzehnten gegen das Vergessen anredet, auf die Frau zu, die ihr Lebenswerk dem Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung gewidmet hat, und nahm sie in den Arm. „Ich finde“, sagte Kleff später in ihrer Dankesrede, „wir sind ein Super-Team!“

Auszeichnung für das aktive Eintreten für Demokratie und Menschenwürde sowie gegen Rassismus und Antisemitismus

Seit 1999 vergibt die Stiftung Dr. Roland Röhl, zurückgehend auf einen früh verstorbenen Wissenschaftsjournalisten, den Göttinger Friedenspreis an Menschen und Organisationen, die sich „um den Frieden besonders verdient gemacht haben“. So steht es in der Satzung.

Allzu eng wird das allerdings nicht ausgelegt. „Die Mitglieder der Jury“, sagte Juryvorsitzender Michael Brzoska in seiner Laudatio, „sehen das aktive Eintreten für Demokratie und Menschenwürde, gegen Rassismus und Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung als aktive Friedensarbeit an.“ Nicht nur, weil Ideologien der Ungleichwertigkeit den Frieden im Inneren vergifteten. Sondern weil Staaten, die sich auf Hass und Ausgrenzung stützen, auch nach außen besonders oft aggressiv auftraten. „Das ist wissenschaftlich gesichert“, betonte der emeritierte Professor für Politikwissenschaft der Universität Hamburg.

Dass sowohl das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, für das Kleff den Preis stellvertretend entgegennahm, als auch der nimmermüde Zeitzeuge Weintraub in diesem Sinne Friedensarbeit leisten, musste Brzoska dann kaum noch begründen. Erst am Vortag hatten sich die beiden mit 180 Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften aus Göttinger Mitgliedschulen des Netzwerks getroffen. Weintraub hatte ihnen von seinem Leben und Überleben erzählt, wie er das seit mehr als 30 Jahren tut, um jungen Menschen die mörderischen Folgen von Rassismus und Antisemitismus zu vermitteln. Seine Energie ist dabei so ungebrochen wie seine Überzeugungskraft. „You can’t stop a survivor“, pflegt seine Frau über ihn zu sagen.

Weintraub hat das jüdische Ghetto in Łódź und mehrere Konzentrationslager überlebt, nur durch Glück und Geschick ist er in Auschwitz der Ermordung entgangen, anders als viele seiner Angehörigen. Nach seiner Befreiung, sagte Weintraub in seiner Dankesrede, habe er Geburtshilfe und Frauenheilkunde studiert, weil er nach Jahren der „Tuchföhlung mit dem Tod“ und der Entwürdigung zum „Einweggegenstand“ künftig jungem Leben auf die Welt helfen wollen. Als Gynäkologe arbeitete er in Warschau, bis ihn eine von der polnischen kommunistischen Partei entfachte antisemitische Welle erneut vertrieb und er in Stockholm eine neue Heimat fand. „Das will ich euch auf den Weg geben, als Chirurg



Fotos: Peter Heller



*Wie auch die Farbe der Haut ist:
Das Gewebe darunter ist bei
allen Menschen gleich. Und das Gehirn
des Babys kennt keine Vorurteile.*



LEON WEINTRAUB,
SHOA-ÜBERLEBENDER, ZEITZEUGE
UND ARZT

und als Frauenarzt“, beendete der frischgebackene Ehrendoktor der Göttinger Universität seine Rede. „Wie auch die Farbe der Haut ist: Das Gewebe darunter ist bei allen Menschen gleich. Und das Gehirn des Babys kennt keine Vorurteile.“

**Courage braucht Mut –
und dieser entsteht durch Bildung.**

Das mögen Selbstverständlichkeiten sein. Doch heute muss so sehr wie lange nicht mehr darum gerungen werden, dass sie es auch bleiben. „Wir sprechen über nichts Geringeres als die Gefahr, dass sich ein neuer Faschismus breit machen kann“, sagte Kleff. Mehr als 25 Jahre lang stand die aus Ankara stammende Pädagogin, die in verschiedenen Funktionen auch für die



*Wir sprechen über nichts
Geringeres als die Gefahr,
dass sich ein neuer
Faschismus breit machen kann.*



SANEM KLEFF,
EHEMALIGE DIREKTORIN DES NETZWERKS SCHULE
OHNE RASSISMUS – SCHULE MIT COURAGE

GEW tätig war, zusammen mit Eberhard Seidel an der Spitze des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Ende 2025 gab das Duo die Leitung der Bundeskoordinationsstelle ab. Auf rund 5.000 Schulen ist das Netzwerk unter ihrer Führung angewachsen. „Courage braucht Mut“, sagte Kleff in ihrer Rede. „Mut, die eigene Komfortzone zu verlassen. Mut, Fehler einzugestehen. Mut, zuzuhören. Und Mut, einzuschreiten, wenn Menschen herabgewürdigt werden.“ Dieser Mut entstehe durch Bildung, durch Begegnung und durch verlässliche Begleitung. Und er zeige sich im Handeln der mehr als drei Millionen Schülerinnen und Schüler sowie der vielen Lehrkräfte im Netzwerk, die sich verpflichtet hätten, aktiv gegen Diskriminierung aufzutreten. Ihnen, sagte Kleff, gehöre die Auszeichnung vor allem. ■

„KINDERARBEIT IST IMMER AUSBEUTERISCH“



Foto: privat

STEPHANIE ODENWALD

LEITETE VON 2005 BIS 2013 DEN GEW-VORSTANDBEREICH BERUFLICHE BILDUNG UND WEITERBILDUNG. HEUTE IST SIE VORSTANDSMITGLIED DER GEW-STIFTUNG „FAIR CHILDHOOD – BILDUNG STATT KINDERARBEIT“.

INTERVIEW: MARTINA HAHN
freie Journalistin

Alle vier Jahre veranstaltet die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eine Weltkonferenz zur Beendigung der Kinderarbeit. Im Februar war Stephanie Odenwald für die GEW-Stiftung „fair childhood“ in Marokko dabei.

E&W: Frau Odenwald, seit 25 Jahren treffen sich ILO, Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen und Wirtschaft, um Kinderarbeit zu eliminieren. Mit Erfolg?

Stephanie Odenwald: Teilweise. Kinderarbeit ist seitdem um mehr als 30 Prozent zurückgegangen, bei gefährlichen Arbeiten sogar um 70 Prozent. Viele dieser Mädchen und Jungen, die der Kinderarbeit entkommen sind, konnten eine Schule besuchen. Doch es gibt weiterhin Kinderarbeit.

Noch immer müssen laut ILO 138 Millionen Mädchen und Jungen weltweit arbeiten, damit ihre Familien überleben – davon 54 Millionen unter besonders gefährlichen und ausbeuterischen Bedingungen. Schlimm ist auch, dass 79 Millionen der Kinderarbeiter erst fünf bis elf Jahre alt sind.

E&W: Warum gibt es noch immer Kinderarbeit?

Odenwald: Das hat mehrere Gründe: Während der Covid-Pandemie konnten Kinder lange nicht zur Schule, etliche sind wieder arbeiten gegangen. Auch die sich danach verschlechternde wirtschaftliche Lage und die damit verbundene Not in vielen Ländern hat Kinder in Arbeit gedrängt. Hinzu kommen Kriege, die Familien in die Flucht und Kinder aus Bildung und in Arbeit treiben. Haben die Eltern ein zu geringes Einkommen, werden Kinder wieder in Minen, auf Felder oder zur Hausarbeit bei anderen Menschen geschickt.

E&W: Kinderschutzorganisationen und Gewerkschaften sind sich teils uneinig, was unter Kinderarbeit zu verstehen ist.

Odenwald: Es stimmt, dass etwa Terre des Hommes Lohnarbeit Minderjähriger bei unproblematischer Arbeit („child work“) akzeptiert (s. E&W 10/2025, Seite 44 f.). Aber für uns gilt: Kinderarbeit muss verboten werden! Sie ist immer ausbeuterisch, weil Kinder billiger sind als Erwachsene! Wer behauptet, Kinder könnten ja neben der Schule arbeiten und so zum Überleben der Familien beitragen, dem antworte ich: Diese Kinder sind überfordert. Es ist nicht förderlich, wenn ihnen im Unterricht die Augen zufallen, weil sie so erschöpft sind.

E&W: Kinderarbeiter in Bolivien sagen, dass sie stolz sind, Geld zu verdienen und der Familie zu helfen. Was entgegnen Sie diesen Minderjährigen?

Odenwald: Ich sage ihnen, dass ich sogar verstehe, dass sie sich wie kleine Helden fühlen, wenn sie eigenes Geld verdienen – aber ich sage ihnen auch, dass sie gar nicht abschätzen können, welche schlimmen Folgen das für sie hat. Wer zum Arbeiten gezwungen wird oder gezwungen ist, erlebt keine faire Kindheit: Punkt. Selbst wenn Kinder betonen, dass sie freiwillig arbeiteten, ist es so, dass die Armut sie dazu zwingt.

E&W: Welche Tätigkeiten fallen für die GEW unter Kinderarbeit?

Odenwald: Jegliche Art von Lohnarbeit. Und alle Tätigkeiten, die die ILO in ihrer Konvention 138 als psychisch und physisch belastend und gefährlich für Kinder und Jugendliche, die jünger als 15 Jahre sind, definiert und die sie von einem Schulbesuch abhalten. Das ist unser Maßstab. Akzeptabel ist für uns nur, wenn Kinder in der eigenen Familie kleine Aufgaben übernehmen.

E&W: Reicht es, die Mädchen und Jungen aus Kinderarbeit zu holen?

Odenwald: Nein. Man muss ihnen eine Alternative anbieten, konkret: Bildung und eine Perspektive. In unseren kinderarbeitsfreien Zonen in Afrika achtet die ganze Dorfgemeinschaft darauf, dass ehemalige Kinderarbeiter den Unterricht besuchen: Mütter-Clubs, Kinder-Clubs, die Dorfältesten. Sie alle klopfen notfalls an die Türen der betroffenen Familien oder reden mit Arbeitgebern im Ort Klartext, wenn diese immer wieder versuchen, Kinder anzuheuern. Diese soziale Kontrolle funktioniert. Überdies kämpfen unsere Partner, die Gewerkschaften vor Ort, für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für Lehrkräfte. So hat es „fair childhood“ wirklich geschafft, Gebiete ohne Kinderarbeit zu schaffen. ■



Kinderarbeit bekämpfen, Bildung ermöglichen!

Mach mit!

Mit Deiner Spende an unsere GEW-Stiftung *fair childhood* ermöglichst Du unseren Schwestergewerkschaften im globalen Süden den Kampf für Bildung statt Kinderarbeit!

Deine Spende wirkt nachhaltig.

Ab Oktober sind Empfängername, Bankname und IBAN neu:

SPENDENKONTO
Kinderfonds wg. *fair childhood*
SozialBank
IBAN DE65 3702 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

Für Spenden über 300 Euro stellen wir eine Spendenbescheinigung aus. Bitte denke daher daran, Deine Adresse bei der Überweisung anzugeben!

Für mehr Infos:
www.fair-childhood.de
Rückfragen an:
fair-childhood@gew.de

**fair
childhood**
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

SCHULE ZEIGT HALTUNG

JÜRGEN AMENDT

Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Lehrkräfte, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen, werden immer häufiger angegriffen. Die Petition „Schule zeigt Haltung“ gibt ihnen Rückendeckung, eine Broschüre mit Tipps, wie sie sich verhalten und im Zweifelsfall auch wehren können.

Rechtsextreme Kräfte nutzen gezielt gesellschaftliche Krisen, um Verunsicherung zu schaffen – auch in Schulen. So spricht die AfD junge Menschen über Social-Media-Plattformen wie TikTok an, indem sie vermeintlich unpolitische Memes mit Panikmache, Verschwörungstheorien und menschenverachtenden Positionen vermischt. Rechtsextreme Akteure versuchen zudem, Lehrkräfte einzuschüchtern und demokratisches Engagement zu verhindern. Insbesondere die AfD setzt dabei Lehrerinnen und Lehrer gezielt unter Druck, indem sie das staatliche Neutralitätsgebot falsch interpretiert. Lehrkräfte sind in Deutschland allerdings gesetzlich verpflichtet, sich für demokratische Grundwerte und Menschenrechte einzusetzen und diese im Unterricht zu vermitteln. Sie leisten einen Eid auf die Verfassung und haben die Aufgabe, junge Menschen zu selbstverantwortlichem und demokratischem Handeln zu befähigen. Viele Lehrkräfte fühlen sich jedoch unter Druck, politisch neutral zu sein, und befürchten, ihre berufliche Integrität zu gefährden.

Um die Lehrerinnen und Lehrer zu unterstützen und ein Gegensignal zu setzen, haben die GEW, Teachers for Future, Greenpeace, die Bundesschülerkonferenz, Eltern gegen Rechts und die Deutsche Vereinigung für politische Bildung auf der Plattform WeAct von Campact am 5. November 2025 die Petition „Schule zeigt Haltung – Lehrkräfte stärken gegen Hass und Hetze“ gestartet. Die

Petition betont, dass Schulen keine neutralen Räume gegenüber Demokratie- und Menschenfeindlichkeit sein dürfen. Bis zur Drucklegung dieser Ausgabe der E&W wurde sie über 250.000-mal unterzeichnet.

Zusätzlich hat das Bündnis im März die Broschüre „Mythos Neutralität – Demokratie stärken und Haltung zeigen im Alltag“ veröffentlicht, die rechtliche Grundlagen erläutert und Lehrkräften Handlungsempfehlungen gibt. Kerngedanke ist es, demokratie- und menschenfeindliche Positionen sachlich-kritisch zu hinterfragen und bei Bedarf als verfassungsfeindlich zu benennen. Das Bündnis orientiert sich dabei an den Leitlinien des Beutelsbacher Konsens (s. Kasten). ■



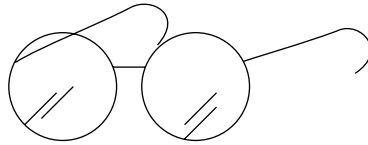
Petition und Broschüre: kurz.gew.app/ew-4-26

Beutelsbacher Konsens

Der Beutelsbacher Konsens ist eine grundlegende pädagogische Vereinbarung zur politischen Bildung in Deutschland, die in den 1970er-Jahren formuliert wurde. Er basiert auf drei zentralen Prinzipien:

1. **Überwältigungsverbot:** Lehrkräfte dürfen Schülerinnen und Schüler nicht indoktrinieren. Der Unterricht soll Raum für unterschiedliche Perspektiven lassen, damit die Schülerinnen und Schüler eigene Urteile fällen können.
2. **Kontroversitätsgebot:** Politische Themen, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden, müssen auch im Unterricht kontrovers behandelt werden. Demokratie- und menschenfeindliche Positionen sind sachlich-kritisch zu hinterfragen und von anerkannten wissenschaftlichen Standpunkten abzugrenzen.
3. **Schülerorientierung:** Der Unterricht sollte auf die Interessen und Lebenswirklichkeiten der Schülerinnen und Schüler zugeschnitten sein. Lehrkräfte sollen sie unterstützen, politische Situationen zu analysieren und sich in gesellschaftliche Diskurse einzubringen.

MITGLIEDERFORUM



MORALISCHE ASYMMETRIE

(E&W 12/2025-1/2026, MITGLIEDERFORUM SEITE 46 F.: „WARUM NICHT GEWALTFREI WIDERSTAND LEISTEN?“)

Es ist unbestritten richtig, dass Pazifismus eine wichtige moralische Haltung darstellt und gewaltfreier Widerstand in der Geschichte unter bestimmten Bedingungen Erfolge erzielen konnte. Ebenso zutreffend ist der Hinweis, dass Krieg Leid, Tod und Zerstörung hervorbringt. Gerade deshalb bedarf die Frage nach angemessenen politischen Reaktionen auf Gewalt jedoch einer differenzierten Betrachtung.

Problematisch erscheint mir, dass der Beitrag Pazifismus zwar zu Recht als Haltung beschreibt, ihn zugleich aber implizit zur alleinigen politischen Handlungsmaxime erhebt. Staatliches Handeln folgt jedoch nicht primär einer Gesinnungs-, sondern einer Verantwortungsethik. Die entscheidende Frage lautet daher nicht, ob Krieg moralisch zu verurteilen ist – darin besteht breite Einigkeit –, sondern wie Aggression, Besatzung und systematische Gewalt konkret gestoppt werden können. Konzepte sozialer oder gewaltfreier Verteidigung setzen voraus: eine mobilisierbare Zivilgesellschaft, interne Opposition beim Aggressor, Öffentlichkeit, Zeit und eine gewisse Rechtsbindung des Gegners. Diese Bedingungen sind bei vielen heutigen Kriegen – insbesondere bei autoritären oder imperialen Akteuren – nicht erfüllt. (...) Besonders irritierend ist die moralische Asymmetrie, die im Leserbrief von Reinhard Köhler unausgesprochen bleibt: Was ist mit dem Recht der Angegriffenen auf Selbstverteidigung? Wer militärische Unterstützung grundsätzlich delegitimiert, nimmt in Kauf, dass besetzte Gebiete aufgegeben, Gesellschaften unterworfen und Menschen schutzlos der Gewalt ausgeliefert werden.

Eine solche Position verschiebt die moralische Last von den Aggressoren auf die Angegriffenen. (...)

Florian Bielagk-John, Kleinmachnow

KI MACHT GEISTIG TRÄGE

(E&W 2/2026, SEITE 6 FF.: SCHWERPUNKTTHEMA „KI IN DER BILDUNG“)

Künstliche Intelligenz (KI) erweitert die Fertigkeiten und Fähigkeiten des Menschen, so wie das alle technischen Entwicklungen in der Vergangenheit getan haben. Verkehrsmittel wie Auto, Bahn und Fahrstuhl haben dafür gesorgt, dass wir nicht mehr so viel (oder gar nicht mehr) laufen müssen. Elektrische Maschinen helfen uns, körperliche Arbeiten zu vermeiden. (...) Die Folgen sind sichtbar: Die motorischen Fähigkeiten der Menschen sinken. Alle nutzen diese Technologien und werden bequem (und dicker). Nur ein Teil der Menschen versucht, das auszugleichen, und betreibt Aktivitäten, die die körperliche Fitness erhalten. Und genauso ist das mit der KI. Ein Teil benutzt sie, um die Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erweitern, ein größerer Anteil jedoch verwendet sie, um Anstrengungen in geistiger Hinsicht zu vermeiden. (...)

Auffallend an den Aussagen in den Artikeln im Schwerpunkt, die für die Nutzung der KI plädieren, sind die unkonkreten Aussagen und vielen Fragezeichen. Was heißt es, mit „dieser Technologie verantwortungsvoll umzugehen“ (Lehrer Joscha Falck) oder aber „Durch die Entwicklung der KI ist es noch mehr als bisher notwendig, über Antworten auf die Frage nachzudenken, wie verstehen wir eigentlich Universität ...?“ (Prof. Heidrun Allert)?

Roland Hirsch, Dortmund

>>> KI KANN LEHRKRÄFTE NICHT ERSETZEN

Lebende Systeme besitzen eine Art der Intelligenz, die in der Diskussion über die Künstliche Intelligenz (KI) zu kurz kommt: fühlende Intelligenz. Lebewesen sind sterblich. Ein Computer, selbst wenn er aus organischen Molekülen besteht, kann nicht sterben, er ist bereits tot. Das Nachdenken über Leben und Tod kann den Schülern keine KI abnehmen. Dafür braucht es Lehrkräfte, die die Schüler bei ihrem Nachdenken über diese Fragen einfühlsam begleiten und sich aus dem durch Jahrtausende gesättigten Erfahrungsschatz der Religionen bereichern lassen.

Klemens Hofmann, Marbach am Neckar

GUTES LERNEN BRAUCHT KEINE KI

Der Schwerpunkt in der E&W 2/2026 thematisiert Künstliche Intelligenz (KI), nennt Risiken, akzeptiert ihre Einführung jedoch als alternativlos – sie müsse nur „sozial gerecht gestaltet“ werden. Doch wo bleibt der pädagogische Maßstab? Dass etwas genutzt wird, rechtfertigt noch lange nicht seinen Einsatz in der Schule. Gutes Lernen braucht keine KI. Technische Mittel hatten bisher eine dienende Funktion; mit der Digitalisierung kehrt sich dieses Verhältnis um. Seit dem Digitalpakt folgt Schule ökonomischen Interessen der IT-Branche – nun soll KI das nächste Geschäftsmodell sein. Die Argumente sind bekannt: unvermeidlich, Teil der Lebenswelt, also pädagogisch zu „gestalten“. Doch Lernen entsteht durch eigenes Denken: überlegen, scheitern, neu beginnen. Mit KI wird Denken ausgelagert. KI spart Zeit – aber ausgerechnet an dem, was Lernen ausmacht.

Die GEW warnt zwar vor Risiken, unterstützt aber den Aufbau einer KI-Infrastruktur. Das Problem ist nicht nur Missbrauch, sondern die Logik dieser Systeme selbst. Wer sie begleitet, akzeptiert und normalisiert sie. So wiederholt sich der Fehler der Digitalisierung – nur tiefer. Eine Gewerkschaft müsste Schule als pädagogischen Schutzraum verteidigen. Mit kritischem Begleiten tut das die GEW nicht.

Doris Hensinger, Stuttgart

KI NICHT ÜBERBEWERTEN

Ich war 40 Jahre Lehrer an der Hauptschule Am Fredenberg in Salzgitter Lebenstedt und habe viele

Jahre Hauswirtschaft unterrichtet. Ein Fach, das im Bildungskanon unterzugehen droht. Es war das Fach mit der intensivsten Vorbereitung, denn das, was man so zu Hause aus der Hüfte schießt, das muss man den Schülerinnen und Schülern deutlich machen – sie müssen es ja am Herd umsetzen. In „Hauswirtschaft Theorie“ wurden Mietvertrag/Nebenkosten/Versicherungen/gesunde Lebensmittel über das Kalenderjahr thematisiert. Stets hatte ich die Worte meines mittlerweile leider verstorbenen Bruders im Ohr, der als Hausarzt stets mahnte, dass Ernährung und Nahrungszubereitung elementarer für die Gesundheit seien als Computer- und KI-isierung.

Lutz Wedel, Elbe

KI MUSS GRÜNDLICH EVALUIERT WERDEN

Der Einsatz neuer Medien im Unterricht erweitert und verschiebt die Könnenspalette der Schülerinnen und Schüler und führt zugleich zur Vernachlässigung bis Verkümmern anderer „alter“ Fähigkeiten. (...) Das heißt, fallen Anstrengungen weg, so verringern sich auch Fähigkeiten. Zum Beispiel konnte der Wegfall des „pausenlosen“ Schreibens im Unterricht das „Durchnahme-Tempo“ wesentlich erhöhen und den Klassen ungeliebte Mühen ersparen. Weitere Folgen in Form von Minderungen hinsichtlich Gedächtnisleistungen, bei der berüchtigten „Sauklaue“ der Schüler, bei der Rechtschreibung und anderem, wurden meines Wissens nie evaluiert.

Ich nehme an, am ehesten haben wir nur eine Ahnung davon, was durch den Einzug von PC, Tablets, Handys und nun Künstlicher Intelligenz (KI) in die Schule erleichtert, erweitert und beschleunigt wird. Ich bin mir aber sicher, dass niemand im Moment sagen kann oder will, welche menschlichen Fähigkeiten, die für die Teilhabe an unserer Kultur notwendig sind, von der KI auf eine Weise ersetzt werden, dass sie künftig mehr oder weniger entfallen. KI muss also gründlich evaluiert werden. Und zwar nicht (nur) im Experiment, sondern in der komplexen Schulpraxis. Praxis heute und morgen, Fallbeispiele, Beobachtungen sollten in großer Zahl kommuniziert werden, um allmählich ein zutreffendes Bild der Auswirkungen der KI in der Schule zu bekommen. (...)

Ulrich Hain, Gießen

ZEITREISE IN DIE 1980ER-JAHRE

(E&W 2/2026, SEITE 6 FF.: „ZWISCHEN SKEPSIS UND AUFBRUCH“)

Danke für die Zeitreise in die 1980er-Jahre. Da kommt an, wer im Artikel „Zwischen Skepsis und Aufbruch“ Künstliche Intelligenz (KI) durch PC ersetzt. Oder durch IuK, Informations- und Kommunikationstechnologie. Ab 1983 erarbeiteten in Niedersachsen rund 400 Experten in 20 Kommissionen unter dem Titel „Neue Technologien und Schulen“ Unterrichtsmaterialien und Fortbildungskonzepte, die am Ende alle Schulen und rund 20.000 Lehrkräfte erreichten. Alle Unterrichtsfächer sollten in den drei „Dimensionen“ IuK als Gegenstand, Werkzeug und Medium die Schülerinnen und Schüler erfahren lassen, was IuK ist, was sie mit ihr machen können und was sie mit ihnen macht. Die Materialbände und die für 80 Millionen D-Mark angeschafften PC verstaubten in den Schulen oder wurden vom Fach Informatik vereinnahmt. Das (...) 1983 vorgegebene pädagogische Ziel, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule, also nicht in einem „zuständigen“ Fach, „neben Kenntnissen und Fertigkeiten auch die Haltungen und Einstellungen erwerben, die erforderlich sind, um sich später mit und gegenüber Neuen Technologien behaupten zu können“, wurde offensichtlich verfehlt. Fazit: Wenn der Schule mit KI nicht das gleiche passieren soll, muss sie sich strukturell verändern (...). Mit Fachzuweisungen, Verschiebungen in der Stundentafel und 45-Minuten-Häppchen wird sie scheitern.

Hartmut Häger, Hildesheim

AUS DEM HERZEN GESPROCHEN

(E&W 2/2026, SEITE 16 FF.: „WOFÜR BRAUCHT ES NOCH LEHRERINNEN UND LEHRER?“)

In diesem Artikel beschreibt der Autor Steffen Reitz, dass die fortschreitende Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI) ... die Mängel der jüngsten Bildungsreform offengelegt. Er spricht mir sehr aus dem Herzen. Die Erkenntnis beschlich mich jüngst, während ich eine Fortbildung zum kompetenzorientierten, Operatoren-basierten Lernen besuchte. Ich verließ die Fortbildung mit der Überzeugung, dass die kompetenzorientierte Schulbildung aktuell den falschen Pfad verfolgt, da sie die Lernenden – abgesehen von den sozialen und Selbstkompetenzen – gewissermaßen zu einer schlechten Version der KI macht.

(...) Die Argumentationslinie begabter Schülerinnen und Schüler lautet, dass die Jobs des Lehrers und des Schülers jenseits der wichtigen Schüler-Schüler-/Schüler-Lehrer-Beziehungen „Bullshitjobs“ seien, da Aufgaben gestellt und erledigt werden müssen, die die KI viel besser und schneller erledigen kann. In diesem Sinne bin ich eine Verfechterin einer neuen Bildung, die auf persönlicher Erfahrung beruht. (...) Als Wissenschaftlerin und Ingenieurin im Seiteneinstieg werde ich noch mehr darin bestärkt, die Schülerinnen und Schüler zu motivieren, durch Beobachtungen Fragen zu finden, Hypothesen zu formulieren und Mittel zu konstruieren, diese zu beantworten – gerne mit der KI als Recherchetool.

Birgit Neukamm, Potsdam

LEITBILD GEWINNMAXIMIERUNG

(E&W 2/2026, SEITE 36 FF.: „RENDITE-VERSPRECHEN FÜR DIE AKTIONÄRE“)

Auf der einen Seite eine soziale Einrichtung oder Schule, die keinen Gewinn machen darf und dadurch den Gewinn in Verbesserung der Arbeit investiert. Ihr gegenüber die gewinnorientierte Schule oder Einrichtung, für die es um Dividende und Gewinnmaximierung geht. Warum lernen wir nicht? (...) Wenn Gewinn gemacht werden darf, ist immer Gewinnmaximierung das Leitbild. Das gilt für Schulen wie für soziale Einrichtungen oder auch Krankenhäuser: Patienten, Klienten oder Schüler zahlen den Preis. Die schwedische Idee mit den Gutscheinen halte ich für eine interessante Möglichkeit, ein größeres und individuelleres Angebot zu schaffen. Aber auf keinen Fall mit gewinnorientierten Schulen. Ich hoffe, die GEW kann die Idee mit den Gutscheinen auf deutsche Verhältnisse übersetzen und initiieren.

Marianne Džinić, Fulda

ERSCHÜTTERND UND TRAUIG

(E&W 2/2026, MITGLIEDERFORUM SEITE 43: „RÜCKBESINNUNG AUF DAS GEWERKSCHAFTLICHE KERNGESCHÄFT“)

Die Kollegen Philipp Kampmann und Henning Tepper fordern eine Konzentration der E&W auf das, was sie „Kernanliegen“ der Gewerkschaft nennen, nämlich Bezahlung und Arbeitszeit beziehungsweise -belastung, statt die Mitglieder mit Themen wie Inklusion, Werte-

>>>

>>> vermittlung, Qualität im Ganztage, musisch-kreative Bildung und geschlechterreflektierte Pädagogik zu „beschallen“. Offensichtlich wollen sie mit diesen Themen nicht behelligt werden. Das finde ich erschütternd und sehr traurig. Als Mitglieder der Bildungsgewerkschaft GEW gehören diese Themen doch gerade zu unserem alltäglichen Kerngeschäft – oder sollten es jedenfalls. Ich für meinen Teil bin sehr froh, dass die E&W diesen Themen, die unseren Berufsalltag prägen, Schwerpunkte widmet – und das sind sicherlich viele andere Kolleg*innen auch.

Irene Meyer-Herbst, Bremen

KAPITULATION DER GEWERKSCHAFTEN

(E&W 3/2026, SEITE 20 F.: „5,9 PROZENT MEHR GEHALT – LANGE LAUFZEIT“)

(...) Im günstigsten Fall haben die an den Tarifverhandlungen beteiligten Gewerkschaftsführer für uns eine Nullrunde, derzeit beträgt die Inflationsrate 2,1 Prozent, bei steigender Inflationsrate jedoch einen Reallohnverlust vereinbart. Legt man die ursprüngliche gewerkschaftliche Forderung – 7 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 300 Euro monatlich – als Maßstab zugrunde, so ist davon noch nicht einmal ein Drittel umgesetzt worden, während die Arbeitgeber sich mit ihrem Angebot fast zu 100 Prozent durchgesetzt haben. Dafür hat man die Kolleginnen und Kollegen zu Warnstreiks und Demonstrationen aufgerufen UND auf der letzten Großkundgebung in Düsseldorf noch vollmundig erklärt, man werde den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, damit sie von ihrem schäbigen Angebot abrücken, um dann – praktisch am nächsten Tag – das „unannehmbare“ Arbeitgeberangebot zu akzeptieren. Das ist Kapitulation! Ein anderes Wort gibt es für ein solches Verhalten nicht.

Vielleicht glaubte man in den Gewerkschaftsführungen aber, man müsste den Arbeitgebern auch deswegen so weit wie möglich entgegenkommen, damit der finanzielle Aufwand für die mit Wahnsinn betriebene Aufrüstung nicht in Frage gestellt wird. Auf der Düsseldorfer Kundgebung wurde jedenfalls mit keinem Wort darauf hingewiesen, dass mehr als genug Geld in den öffentlichen Haushalten für die Erfüllung der ursprünglichen, berechtigten Forderungen der Gewerkschaften bereitstünde, wenn der Rüstungswahnsinn endlich gestoppt würde. Aber anscheinend hat man sich darauf geeinigt,

das Offensichtliche mit keinem Wort zu erwähnen. Der alte Spruch „Kanonen statt Butter“ ist aktueller denn je. Jürgen Wernecke, Wuppertal

SUPERREICHE HÖHER BESTEUERN

Nach vielen bundesweiten Warnstreiks haben die öffentlichen Arbeitgeber, die glaubten, ohne inhaltlich auf die berechtigten Forderungen unserer Gewerkschaften eingehen zu müssen, die Ernsthaftigkeit eines bundesweiten Streiks der DGB-Gewerkschaften, zu denen auch unsere GEW zählt, dann doch nach Wochen erkannt. In zwei nächtlichen Arbeitssitzungen bei den Tarifverhandlungen in Potsdam wurden die Vorstellungen der Gewerkschaften teilweise erfüllt. In den Wochen zuvor waren die Streiks und die begründeten Vorstellungen unserer Gewerkschaften nicht nur, aber doch vor allem von der Springer-Presse diskreditiert worden. Die herrschende Sprache ist die Sprache der Herrschenden. Man spricht insofern (häufig) nicht, was man sprechen will, man spricht, was gesprochen werden soll. Die Sprache ist also keine Gabe, sondern eine Gebung. Man entspricht Erwartungen und man erwartet Entsprechungen. Man akzeptiert, sich akzeptabel zu machen.

Das Argument der öffentlichen Arbeitgeber war und ist, die öffentlichen Kassen seien leer. Deshalb: Es ist höchste Zeit, die Staatsfinanzen zukunftssicher und fair umzubauen. Die Superreichen, die in den vergangenen Jahrzehnten am meisten profitierten, sollten künftig die Hauptlast bei Steuern und den Sozialbeiträgen stemmen!

Ulrich Bald, Hagen

UNDIFFERENZIERTE DIAGNOSE

(E&W 3/2026, SCHWERPUNKT SEITE 6 FF.: „ANTIFEMINISMUS“)

Antifeministische Angriffe sind auch im Bildungsbereich ein Problem. Die Diagnose im E&W-Schwerpunkt bleibt aber undifferenziert. Feminismus ist historisch und politisch plural – eine Differenzierung zwischen antifeministischen Positionen und innerfeministischer Kritik ist wichtig. Auch die internationale medizinische Debatte (zum Beispiel Cass-Report) über Nutzen, Risiken und Evidenz von Transition bei Minderjährigen wird nicht erwähnt.

Dass im selben Heft die Situation vulnerabler Mädchen und Frauen mit Behinderung thematisiert wird, zeigt ein praktisches Spannungsfeld: Viele Frauen und Mädchen wünschen sich bei Intimpflege weibliches Personal. Politische Ansätze, die Self-ID priorisieren, können diesen Anspruch einschränken – darauf weisen auch die im Schwerpunkt des Hefts kritisierten Feministinnen wie J. K. Rowling hin.

Lehrkräfte haben im Schulalltag eine Schutzfunktion für alle Schülerinnen und Schüler – auch für diejenigen, die dem Konzept Transition gegenüber skeptisch sind und zugleich die betroffene Person respektieren. Bildungsinstitutionen und Gewerkschaften sollten solche Fragen offen diskutieren – damit Antidiskriminierungsarbeit alle vulnerablen Gruppen schützen kann.

Susanne Offen, Lüneburg

UNZULÄSSIGE GLEICHSETZUNG

Vorsicht bitte mit Zuschreibungen folgender Art: „rechtsextreme Eltern“ wie im Beitrag „Es kommt etwas ins Rutschen“. Extremisten sind Menschen, die das politische System abschaffen wollen, ob von rechts, links oder aus der religiös-fundamentalistischen Ecke.

Hier findet eine sprachliche Gleichsetzung zwischen politisch noch legitimen und staatsgefährdenden Ansichten statt.

Ebenso fragt man sich: Was denn nun? Sind Tradwives nun gefährlich, wie im selben Beitrag beschrieben, oder soll man ihnen doch nicht „so viel Aufmerksamkeit widmen“, wie im Nachfolgebeitrag „Feldzug gegen Gender“ angedeutet? Letzteres wäre dann wohl eher fatal.

David Holluba, Darmstadt

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



Schon immer neue Trends gesetzt?
Dann setzen Sie jetzt ein dauerhaftes Zeichen – mit einem **Testament**, das Kindern weltweit eine bessere Zukunft schenkt. Infos auf plan.de/trend

Testamentsratgeber anfordern

Ihr Kontakt zu uns:
040 / 607 716 - 260
zukunft-fair-machen@plan.de

PLAN INTERNATIONAL
Gibt Kindern eine Chance

Ihre Anzeige in der Zeitschrift E&W:
www.erziehungundwissenschaft.de

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

EL SCHULORGANISATION
Verlage Plöttmann & Langenkämper

Die Quintenzirkeluhr
und viele Geschenke

5% Osterrabatt auf alles mit dem Bestell-Code: **EW26**

Wir wünschen frohe Ostern!

UvdS
UvdS-Design.com
webshop.uvds-design.com



NABU

Helfen Sie mit einer Insekten-Patenschaft!

Beflügelter Jungeselle sucht zarte Partnerin für romantische Flatterwochen.
Tel.: 030.284984-1574

NABU/S. Hennigs
NABU.de/insekten-pate
E-Mail: paten@NABU.de



Schnell. Effizient. Herzlich.

Gemeinsame Nothilfe, die von Herzen kommt.
Dank Ihrer Solidarität!

Aktion-Deutschland-Hilft.de

Aktion Deutschland Hilft **25 Jahre**
Bündnis der Hilfsorganisationen

Jetzt spenden!

DIESMAL

